

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



Ergänzung zur Tagesordnung Complément à l'ordre du jour Complemento all'ordine del giorno

Nationalrat / Conseil national / Consiglio nazionale

Herbstsession 2024

Session d'automne 2024

Sessione autunnale 2024

Stand / état / stato: 13.09.2024

Fragestunde vom 16.09.2024 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)**Heure des questions du 16.09.2024** (Art. 31 du Règlement du Conseil national)**Ora delle domande 16.09.2024** (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr. No. n.	Geschäftstitel Titre de l'objet Titolo dell'oggetto	Eingereichter Text Texte déposé Testo depositato
------------------	---	--

Bundeskanzlei

24.7484	DE FR IT	Fra. Glättli. Worin ist die Überzeugung der BK begründet, dass gefälschte gekaufte Unterschriften nicht relevant waren für das Quorum von Initiativen und Referenden?	Der Waadtländer Chefbeamte Vicent Duvoisin sagte dem Tages-Anzeiger: «Es ist für die Gemeinden extrem schwierig, Betrugsfälle zu entdecken». Die Unterschrift ist in den kommunalen Registern nicht hinterlegt. Wenn Name, Vorname, Adresse und Geburtsdatum stimmen (z.B. weil sie von Unterschriftenbogen einer anderen Vorlage abgeschrieben wurden), werden auch Fälschungen als gültig bescheinigt. Warum ist die Bundeskanzlei dennoch überzeugt, dass keine VI/Referenden zu Unrecht zustande gekommen sind?
24.7629	DE FR IT	Fra. Weichelt. Unterschriftenfälschung - wer und was ist betroffen?	Welche Vorlagen waren mutmasslich von Fälschungen betroffen? Welche Initiativen und Referenden sind von der systematischen Fälschung von Unterschriften betroffen?
24.7543	DE FR IT	Fra. Nordmann. Bei hängigen Volksinitiativen stichprobenartig die Echtheit der Unterschriften überprüfen	Ist der Bundesrat bereit, unverzüglich zu überprüfen, ob bei den momentan noch hängigen Volksinitiativen die validierten Unterschriften tatsächlich von den angegebenen Personen stammen, beispielsweise indem stichprobenartig Personen, deren Namen auf einem Unterschriftenbogen aufgeführt ist, eine Kopie des Bogens unterbreitet wird, damit diese überprüfen können, ob es sich wirklich um ihre Handschrift handelt (wobei die übrigen Unterschriften auf dem Bogen selbstverständlich eingeschwärzt werden)?

24.7545	DE FR IT	Fra. Schläfli. Unterschriften-Skandal	Wie lange werden die bei der Bundeskanzlei hinterlegten Unterschriftenbögen aufbewahrt?
24.7546	DE FR IT	Fra. Masshardt. Unterschriften-Skandal	Warum hat die Bundeskanzlei das Parlament und die Öffentlichkeit nicht über die Einreichung einer Strafanzeige und die Einleitung einer Untersuchung durch die Bundesanwaltschaft informiert?
24.7562	DE FR IT	Fra. Widmer Céline. Unterschriften-Skandal	Wann wurde die Bundeskanzlei zum ersten Mal über die Betrugsprobleme von damals mehreren Kantonen informiert?
24.7559	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Ruhegehälter für Magistratspersonen 2023	An wie viele Magistratspersonen im Sinne von Art. 1 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen vom 6. Oktober 1989 (SR 172.121) wurden im Jahre 2023 - aufgeschlüsselt nach ehemaligen Bundesräten, Bundesrichtern und Bundeskanzlern - welche Ruhegehalts-Summen ausbezahlt? Es wird gebeten, auch den Totalbetrag sämtlicher ausbezahlter Ruhegehälter pro 2023 zu nennen.
24.7575	DE FR IT	Fra. Tschopp. Wird der Bundesrat Vorschläge unterbreiten, um die Sicherheit des Systems zur Sammlung von Unterschriften dauerhaft zu gewährleisten?	Wir haben soeben erfahren, dass die Bundesanwaltschaft zurzeit eine Untersuchung durchführt, nachdem die Bundeskanzlei 2022 wegen mutmasslich systematischem Betrug bei der Unterschriftensammlung Strafanzeige eingereicht hatte. Es besteht der Verdacht, dass ohne entsprechenden Auftrag Unterschriften gesammelt wurden. Volksinitiativen und Volksreferenden sind eine Stärke unserer Demokratie. Das Vertrauen hat gelitten. Unsere Bürgerrechte müssen geschützt werden. Was plant der Bundesrat, um die Sicherheit des Systems zur Sammlung von Unterschriften zu gewährleisten?
24.7614	DE FR IT	Fra. Glättli. Erpressung von Initiativ-/Referendumskomitees durch Sammel-Organisationen – Schutz der Komitees und der Stimmberechtigten	Organisationen sollen ohne Auftrag Unterschriften gesammelt und ggf. beglaubigt und gedroht haben, diese ohne Bezahlung zu vernichten. - Welche bestehenden Straftatbestände könnten auf eine solche Erpressung zutreffen? - Welche Massnahmen kann der Bund ergreifen, um Initiativ-/Referendumskomitees vor solchen Drohungen zu schützen? - Wie wird das Recht der betroffenen Stimmberechtigten geschützt, nach der Vernichtung beglaubigter Unterschriften doch noch eine gültige Unterschrift abgeben zu können?
24.7615	DE FR IT	Fra. Ryser. Unterschriftenfälschung: Mögliche Regulierung im Rahmen des heutigen Gesetzes?	Welche Möglichkeiten hätte die Bundeskanzlei um ohne Gesetzesanpassung das gewerbemässige Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden zu regulieren?

24.7617	DE FR IT	Fra. Gysin Greta. Zunahme von kommerziellen Unterschriftensammlungen - Auswirkung auf die Zahl der ungültigen Unterschriften?	In den letzten Jahren hat die kommerzielle Sammlung von Unterschriften stark zugenommen. - Weiss die Bundeskanzlei (BK), wie sich der Prozentsatz der von den Gemeinden für ungültig erklärten Unterschriften in den letzten zehn Jahren entwickelt hat? - Falls nein, hat die BK die notwendigen Schritte eingeleitet, um den Prozentsatz der ungültigen Unterschriften auf Gemeindeebene statistisch zu erfassen? - Wie hat sich die Zahl der ungültigen Unterschriften entwickelt, die die Bundeskanzlei bei den Kontrollen nach der Einreichung der Initiativen ermittelt hat?
24.7619	DE FR IT	Fra. Trede. Digitale Alternative zum Unterschriftensammeln für Initiativen und Referenden	Welche Schritte unternimmt die Bundeskanzlei, um rasch versuchsweise eine sicherere digitale Alternative zum Papier-Unterschriftensammeln für Initiativen zu fördern (im Sinne von Art. 27q VPR)?
24.7621	DE FR IT	Fra. Glättli. Erpressung von Initiativ-/Referendumskomitees durch Sammel-Organisationen – Schutz der Komitees und der Stimmberechtigten (2)	Organisationen sollen ohne Auftrag Unterschriften gesammelt und ggf. beglaubigt und gedroht haben, diese ohne Bezahlung zu vernichten. - Mit welchen Massnahmen könnte in Zukunft verhindert werden, dass beglaubigte Unterschriften vernichtet werden? - Wäre es z.B. möglich, dass Gemeinden beglaubigte Unterschriften direkt der BK zur treuhänderischen Aufbewahrung einliefern müssen und die Komitees parallel über den Sammlungsstand informieren? - Welche Gesetzes-/Verordnungsanpassungen bräuchte es dafür?
24.7627	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Welche Massnahmen sind geplant, um bei der Sammlung von Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden für mehr Transparenz zu sorgen?	Mit welchen Massnahmen plant die Bundeskanzlei, mehr Transparenz über die Herkunft von Unterschriften und über die Art und Weise der Sammlung von Unterschriften zu gewährleisten, um Betrugsfälle rechtzeitig zu erkennen?
24.7628	DE FR IT	Fra. Arslan. Wie verbreitet ist das Phänomen bezahlter Unterschriften?	- Ist der Bundeskanzlei bekannt, in welchem Umfang Unterschriften im Rahmen von Initiativen oder Referenden gegen Bezahlung gesammelt werden? - Gibt es Erkenntnisse darüber, wie sich diese Praxis auf die demokratische Legitimation von Volksbegehren auswirken könnte?
24.7634	DE FR IT	Fra. Glättli. Schutz der direkten Demokratie sicherstellen – braucht es Notrecht oder gibt es andere, rasche und wirksame Reaktionsmöglichkeiten?	Notrecht ist gerade im Kontext der direkten Demokratie (im Kontext von COVID wurden die Sammelfristen für Volksinitiativen und Referenden per Notrecht zeitweise ausgesetzt) äusserst heikel. Nun könnte aber sein, dass nicht nur Initiativen/Referenden nur dank ungültiger Unterschriften zustande kamen, sondern umgekehrt andere an betrügerischen Massnahmen scheitern (Vernichtung gültig gesammelter Unterschriften durch Erpresser). Wie kann der Bundesrat rasch, wirksam und doch mit Augenmass reagieren?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

24.7494	DE FR IT	Fra. Cottier. Erweiterung der A1 und Schienen: Information oder Täuschung?	Im Zusammenhang mit der Abstimmung über das Strategische Entwicklungsprogramm (STEP Nationalstrassen) im November erklären Westschweizer Gegnerinnen und Gegner, die Erweiterung der A1 gefährde aufgrund der Topografie und der hohen Bebauungsdichte in der Region La Côte die Umsetzung eines dritten SBB-Gleises am Genferseebogen (Le Temps, 14.8.2024). - Besteht diese Gefahr aus der Sicht des Bundesrates tatsächlich? - Lässt sich dies nach dem aktuellen Stand der Projektplanung behaupten, oder wird nur Angst geschürt?
24.7503	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Können Einzelsubstanzen in der Summe als Cocktail wirken?	Der Bundesrat sagt auf die Ip. 23.4460, der als toxizitätsgewichtete Summe von mindestens 9 PFAS-Einzelsubstanzen angegebene Wert von 0.025 µg TEQ/l, der die Sanierung eines Standortes erfordere, werde an rund 8 % der Grundwasser-Messstellen der NAQUA überschritten. Die kantonalen Fachstellen würden, die Ursachen abklären und belastete Standorte identifizieren. - Wann liegen diese Abklärungen vor? - Können Einzelsubstanzen also in der Summe, sozusagen im Cocktail wirken? Oder was heisst das genau?
24.7504	DE FR IT	Fra. Stettler. Werden Schutzhunde bald knapp?	Mit zunehmender Wolfspräsenz steigt auch der Bedarf an Schutzhunden, ganz abgesehen von der Notwendigkeit, diejenigen zu ersetzen, die aufgrund des Alters oder wegen Aggressivität ungeeignet geworden sind. Aufgrund der Unklarheit in Bezug auf den Rückzug des Bundes aus der Unterstützung der Zucht von Schutzhunden wird ein Mangel befürchtet, da nicht in allen Kantonen die Sicherstellung solcher Zuchten Vorrang hat. Wird der Bund also diese Hunde erneut finanzieren und was schlägt er vor, um die Situation zwischen den Kantonen zu harmonisieren?
24.7508	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Schutz vor Hochwasserschäden dank konsequenten Holzschlags	Die Hochwasserereignisse diesen Sommer haben gezeigt, dass insbesondere mitgeführtes Schwemmholz zu grossen Problemen führt, da Brücken und schmale Stellen dadurch verstopft werden. Durch konsequenten Holzschlag entlang von Gewässern kann dieses Risiko deutlich gesenkt werden. Mit welchen Massnahmen will der Bundesrat hier eine Verbesserung erzielen?
24.7513	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Postfinance-App YUH schliesst Schweizer Politiker als Kunden aus - um bei Compliance und Regulierungskosten zu sparen?	Yuh ist ein Finanzangebot-Produkt von Swissquote und PostFinance. Wer als Politisch Exponierte Person (PEP z.B. Nationalrat) die App installiert, erhält eine automatisierte Meldung, dass PEP ausgeschlossen seien und eine Anmeldung nicht möglich ist. So wird wohl bei Compliance und Regulierungskosten gespart. Das kennt man von vielen Finanzdienstleistern bereits. Nicht aber von der Post. Findet es der Bundesrat korrekt, dass eine Tochter der Postfinance generell alle PEP als Kunden ausschliesst?

24.7516	DE FR IT	Fra. Riem. Ökologische Infrastruktur (ÖI): Umsetzung ohne gesetzliche Grundlage?	- Das Bundesamt für Umwelt arbeitet seit 2012 (1. Strategie Biodiversität Schweiz) an der Umsetzung der ÖI und verpflichtet die Kantone zu Massnahmen ohne eine entsprechende gesetzliche Grundlage, wie gedenkt der Bundesrat künftig damit umzugehen? - Auf welcher gesetzlichen Grundlage werden die Kantone aktuell zu Programmvereinbarungen gedrängt und mit welchem Budget werden diese Arbeiten finanziert?
24.7517	DE FR IT	Fra. Riem. Am Beispiel ökologische Infrastruktur (ÖI): Ist das BAFU genügend ausgeglichen?	Das BAFU ist als ständiger Gast Mitglied der Fachgruppe ÖI des Kompetenzzentrums ÖI (KÖI). Die Gruppe ist mit vielen Vertretern der Umweltverbände unausgeglichen besetzt. Wie rechtfertigt sich dieser Einsitz? Zahlreiche ehemalige Mitarbeitende des BAFU sind heute aktiv im Komitee der Biodiversitätsinitiative. Dies und die engen Zusammenhänge mit der Umsetzung der ÖI lassen darauf schliessen, dass zwischen dem BAFU und den Umweltverbänden enge Verbindungen bestehen. Was wird dagegen vorgenommen?
24.7518	DE FR IT	Fra. Haab. Steigende Lebensmittelimporte wegen der Biodiversitätsinitiative	Die Biodiversitätsinitiative, über die am 22.9.2024 abgestimmt wird, fordert die Sicherung der erforderlichen Flächen für die Biodiversität. Die Initianten haben mehrfach gefordert, dass 30% der Landesfläche für die Biodiversität reserviert werden müssten. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass die Initiative zu einer Schwächung der Schweizer Lebensmittelproduktion führt und damit zu Mehrimporten aus Staaten mit tiefen ökologischen und tierschutzrelevanten Standards führen könnte?
24.7522	DE FR IT	Fra. Pult. Energieverbrauch des KI-Rechenzentrums in Laufenburg	In Laufenburg (AG) ist ein KI-Rechenzentrum geplant, welches mehrere hundert MW bis 1 GW elektrische Energie verbrauchen könnte. 1. Wer steht für die Zurverfügungstellung der Energie von solchen Grossverbrauchern in der Verantwortung? Was sind die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit? 2. Kann eine uneingeschränkten Netzanschlusspflicht für sehr grosse Endverbraucher beibehalten werden? 3. Was ist der jährliche Energieverbrauch der bekannten geplanten und projektierten Rechenzentren?
24.7524	DE FR IT	Fra. Marchesi. Unwetterschäden im Maggiatal: Wie gedenkt der Bundesrat dem Tessin zu helfen?	In der Nacht vom 29. auf den 30. Juni kam es zu enormen Unwetterschäden. Welche konkrete Unterstützung plant der Bundesrat für den Kanton Tessin und die anderen betroffenen Kantone (VS und GR), um einen raschen Wiederaufbau und die Instandstellung der Verkehrsverbindungen und der Landschaft zu ermöglichen? - Hat er dafür schon finanzielle Mittel vorgehen? - Wie hoch ist dieser Betrag? Wie wurde er auf die drei betroffenen Kantone aufgeteilt? - Welche Mittel wird der Bundesrat dafür einsetzen? - Sieht er dafür einen speziellen Rahmenkredit vor?

24.7534	DE FR IT	Fra. Pahud. Wird die Überproduktion von erneuerbarer Energie bei einem Einbruch der Tarife für die Einspeisevergütung die Eigentümerinnen und Eigentümer kleiner Anlagen benachteiligen?	Durch den Aufschwung von Windkraft- und Solaranlagen wird manchmal zu viel Strom produziert. In den Nachbarländern ist die Einspeisevergütung sogar negativ, um die Einspeisung von solchem Strom ins Netz zu bremsen. Zahlreiche Eigentümerinnen und Eigentümer von kleinen Liegenschaften haben in die Erzeugung von erneuerbarer Energie investiert, z. B. durch die Installation von Photovoltaikanlagen auf ihren Dächern. Müssen Hauseigentümerinnen und -eigentümer damit rechnen, dass die Einspeisevergütung für den von ihnen produzierten Strom sinkt? Wenn ja: wie stark und wann?
24.7535	DE FR IT	Fra. Pahud. Schliessung von Poststellen. Will die Post ihre Angestellten zum Schweigen bringen?	Laut der Post werden die Gemeinden und die Angestellten, die von der Schliessung oder Umstrukturierung einer Poststelle betroffen sind, darüber informiert. Verschiedenen Quellen zufolge hat die Post die von einer Schliessung oder Umstrukturierung betroffenen Angestellten bereits informiert. Diese hätten jedoch eine Vertraulichkeitsklausel unterschreiben müssen, die sie verpflichtet, Stillschweigen zu wahren und keine Informationen bekanntzugeben. - Ist der Bundesrat im Bilde und billigt er diese Praxis? - Wann werden die betroffenen Gemeinden informiert?
24.7538	DE FR IT	Fra. Cottier. Riskieren wir wegen der Biodiversitätsinitiative eine Schwächung der Stromversorgung?	Die Biodiversitätsinitiative, über die am 22. September 2024 abgestimmt wird, verlangt einen höheren Schutz der Landschaft. Die Interessenabwägung zugunsten der Biodiversität könnte insbesondere zulasten der erneuerbaren Energien gehen. Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass die Initiative den Ausbau der erneuerbaren Energien (z.B. von Wasserkraft) und damit die Versorgungssicherheit gefährden könnte, mit der Folge, dass die Abhängigkeit von Importen zunimmt?
24.7544	DE FR IT	Fra. Töngi. Kapazitätserhöhung dank kürzerer Zugfolgen?	Vor dem Bahnhof Luzern werden die Zugfolgezeiten verkürzt. In der Diskussion um die nächsten Ausbauschritte wird oft eingewendet, dass mit solchen Massnahmen Ausbauten an der Infrastruktur überflüssig würden, da sie bereits eine höhere Kapazität ermöglichen. Können nach Abschluss der Arbeiten mehr Züge in den Bahnhof Luzern ein- und ausfahren?
24.7548	DE FR IT	Fra. Trede. Ist der ökologische Zustand der Schweizer Bäche ein annehmbares Risiko?	Auf meine Frage 23.7943 sagt der Bundesrat, wenn die Anwendung eines Pestizids erwiesenermassen einen Nutzen erbringe und zu keinen unannehmbaren Risiken führe, werde es gemäss den festgelegten Regeln zugelassen. Die EAWAG schreibt zum ökologischen Zustand Schweizer Bäche: «In über 70% der untersuchten Gewässer fehlen Insektenlarven und andere Kleinlebewesen, die empfindlich auf Pestizide reagieren.» - Ist das ein annehmbares Risiko der Pestizidanwendung? - Ist der Zustand mit dem Gesetz vereinbar?

24.7549	DE FR IT	Fra. Trede. Wie haben sich die Risiken des Pestizideinsatzes in den letzten Jahrzehnten für die verschiedenen Artengruppen entwickelt?	Auf meine Frage 24.7116 führt der Bundesrat aus, wie sich die Risiken des Pestizideinsatzes für Grundwasser, Oberflächengewässer und naturnahe Lebensräume entwickelt haben. Bei Oberflächengewässern und naturnahen Lebensräumen aber auch für verschiedene Artengruppen scheint er keine signifikante Risikoreduktion messen zu können. Dabei hat er den Aktionsplan Pestizidreduktion im September 2017 verabschiedet. Bleibt der Plan auch nach über 6 Jahren in wichtigen Zielbereichen wirkungslos?
24.7550	DE FR IT	Fra. Pahud. 75 Milliarden für die Anpassung der Stromnetze?	Laut dem VSE wird die Anpassung der Stromnetze an die Gegebenheiten der erneuerbaren Energien beinahe 75 Milliarden Franken kosten. Allerdings wird selbst mit einer derart riesigen Investition – auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie der Konsumentinnen und Konsumenten – das Problem der Überproduktion und der Speicherung nicht gelöst. 75 Milliarden – das entspricht in etwa den Kosten für den Bau von sechs Kernkraftwerken. Könnte dieser Betrag mit dem Weiterbetrieb und dem Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke an den heutigen Standorten nicht eingespart werden, um zu verhindern, dass die Bevölkerung und die Industrie derart stark bluten müsse?.
24.7551	DE FR IT	Fra. Kolly. Eurovision Song Contest 2025 in der Schweiz: Finanzierung und Organisation	Die SRG gab bekannt, dass sie den nächsten Eurovision Song Contest in Basel ausrichten wird. - Mit welchem Betrag wird sich die SRG an der Organisation beteiligen? - Wird der Bund weitere direkte oder indirekte Beiträge leisten? Bei früheren Ausgaben wurde festgestellt, dass die Veranstaltung für verschiedene politische Forderungen genutzt wurde. - Was wird die SRG unternehmen, um zu verhindern, dass die Veranstaltung für politische Forderungen an die Schweiz aus dem In- und Ausland missbraucht wird?
24.7552	DE FR IT	Fra. Kolly. Automatisiertes Fahren: Wie sieht es bei der Landwirtschaft aus?	Der Direktor des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) hat angekündigt, dass ab dem nächsten Jahr die ersten Systeme für das automatisierte Fahren auf den Strassen der Schweiz zum Einsatz kommen könnten. - Wie sieht es diesbezüglich bei der Landwirtschaft aus? - Können Landwirtschaftsfahrzeuge aus Sicht des öffentlichen Rechts und der Haftpflicht bereits heute Systeme für das automatisierte Fahren auf den Feldern nutzen? - Falls nein: Betrifft diese neue Regelung ab dem Jahr 2025 auch die Landwirtschaftsfahrzeuge, sowohl was das Fahren auf der Strasse wie auch auf den Feldern angeht?

24.7557	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Monitoring der Verwendung von Wirkstoffen mit potenziell unannehmbaren Auswirkungen	In seiner Antwort auf die <u>Frage 23.7943</u> schreibt der Bundesrat, dass ein Pflanzenschutzmittel, dessen Anwendung erwiesenermassen einen Nutzen hat und zu keinen unannehmbaren Risiken führt, gemäss den in der Pflanzenschutzmittelverordnung festgelegten Regeln bewilligt wird. Ob ein verwendeter Wirkstoff keine unannehmbaren Auswirkungen hat, kann jedoch nur nachgewiesen werden, indem dessen Verwendung überwacht wird. - Trifft das zu? Wenn nein, wieso nicht? - Welche Überwachungen nimmt der Bund in diesem Bereich vor?
24.7563	DE FR IT	Fra. Roduit. Notwendigkeit einer präventiven Regulierung von Wolfsrudeln in der Schweiz?	Die Zahl der Wölfe verdoppelt sich in der Schweiz alle zwei Jahre. Neben dem Herdenschutz ist eine präventive Regulierung zwingend erforderlich, damit die Wolfsbestände nicht weiter ansteigen. Die starke Reproduktion von über 30 Rudeln führt dazu, dass die Population trotz der ersten proaktiven Regulierung im letzten Jahr weiter ansteigt. Wie gedenkt der Bund, die unkontrollierte Ausbreitung des Wolfs wirksam einzudämmen und dafür zu sorgen, dass die Kantone ihre Verantwortung wahrnehmen?
24.7569	DE FR IT	Fra. Tschopp. Wie viele Haltestellen sind insgesamt für Personen mit Behinderungen noch nicht zugänglich?	Seit Anfang 2024 müssen gemäss dem Behindertengleichstellungsgesetz alle Haltestellen im öffentlichen Verkehr für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich sein. Wo diese Vorgabe nicht erfüllt ist, ist ein Ersatzfahrdienst (z. B. Shuttle-Fahrdienst) vorgesehen. In seiner Stellungnahme zur Interpellation 24.3707 verweist der Bundesrat auf die Kantone. Doch sollte er nicht in der Lage sein, über das Bundesamt für Verkehr einen Überblick über die Situation zu liefern?
24.7573	DE FR IT	Fra. Zybach. Die PostAuto AG schliesst Bevölkerungsgruppen aus	Die PostAuto AG plant bis Sommer 2025 auf rund 180 Postautolinien in der ganzen Schweiz den Billetverkauf im Fahrzeug aufzugeben. Damit werden ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderung oder Personen, die über kein Smartphone verfügen, sich ein solches nicht leisten können oder Mühe mit der Bedienung haben ausgeschlossen. Welche Massnahmen plant der Bundesrat, um auch künftig allen Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen, dass sie Postauto fahren können.
24.7577	DE FR IT	Fra. Jauslin. Warum gelten die EU-Fluggastrechte in der Schweiz nur unvollständig?	Schweizer Bürger sind bei Ansprüchen aus der Fluggastrechteverordnung der EU immer wieder benachteiligt, weil die Schweiz es verpasst hat, auch die dazugehörenden EU-Gerichtspraxis zu übernehmen. - Welches waren die Beweggründe des Bundesrates, auf die Übernahme der EU-Gerichtspraxis zu verzichten? - Wann und wie beabsichtigt er, diese Lücke endlich zu schliessen?

24.7578	DE FR IT	Fra. Ryser. PFAS-Aktionsplan: Wie sieht der Zeitplan aus?	Mit dem Postulat 22.4585 hat der Bundesrat den Auftrag zur Prüfung eines nationalen Aktionsplans zur Belastungsreduktion mit PFAS erhalten. Die erhöhten PFAS-Werte im Kanton SG haben gezeigt, dass offene Fragen bestehen (bsp. Höchstwerte für Milchprodukte) und ein nationaler Aktionsplan mit einheitlichen Massnahmen zeitnah notwendig ist. Bis wann wird der Bundesrat einen solchen Aktionsplan präsentieren?
24.7625	DE FR IT	Fra. Trede. Reduktion langlebiger Chemikalien (beispielsweise PFAS)	Das Postulat 22.4585 fordert einen Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien. - Wann kann mit dem Bericht gerechnet werden? - Und wie geht der Bundesrat bezüglich der Forschung und dem Entnehmen der Chemikalien aus der Umwelt vor? - Sind weitere Forschungsprojekte, Alternativen zum Einsatz der Chemikalien und Projekte zur "Reinigung" der Umwelt geplant?
24.7583	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln nur digital über Smartphone: Ist das rechtlich vertretbar?	Die PostAuto AG schafft ab Sommer 2025 auf 180 Linien den Billettverkauf im Postauto ab. Aber Senioren und Seniorinnen, Kinder und Menschen mit Behinderungen haben oft kein Smartphone oder Schwierigkeiten, es zu benutzen. – Wie beurteilt der Bundesrat diesen Abbau des Service Public? – Gehört es nicht zu den Grundaufgaben der PostAuto AG, den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für alle zu gewährleisten?
24.7588	DE FR IT	Fra. Marti Min Li. Aktueller Stand Mobility-Pricing	Für die Einführung von Versuchen zum Mobility-Pricing wurde angekündigt, dass Machbarkeitsstudien erarbeitet würden. Deren Ergebnisse wurden erst auf 2023 und dann auf das erste Quartal 2024 angekündigt. Wann liegen die Ergebnisse dieser Studien vor und wann ist mit der Realisierung der angekündigten Pilotprojekte zu rechnen?
24.7590	DE FR IT	Fra. Schlatter. Autobahnausbau: Zahlen von gestern	Am 24. November stimmen wir über den Autobahnausbau ab. Den massiven Kosten und Folgen für die Umwelt wird der wirtschaftliche Nutzen gegenübergestellt. Die Berechnung des wirtschaftlichen Nutzens ist aber auf Basis von 15jährigen Normen erstellt worden, die vom Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute gerade angepasst werden. Wird mit den neuen Normen gerechnet, würde der Nutzen gerade noch einen Drittel betragen. Ist der Bundesrat bereit, diese Zahlen im Abstimmungskampf einzuordnen?
24.7638	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggin. Eine neue Norm zu Kosten/Nutzen für neue Nationalstrassenprojekte könnte die Lage ändern	Seit dem Sommer 2023 steht der Entwurf einer neuen Norm VSS 41 822 zu Kosten/Nutzen zur Verfügung. Sie wurde schon im Rahmen von Abklärungen zitiert und angewendet, ist jedoch noch immer nicht in Kraft. Dennoch könnten von dieser neuen Norm grosse Strassenprojekte unmittelbar betroffen sein. Weshalb dauert es so lange, bis die aktualisierte Norm angenommen und angewendet wird?

24.7591	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Sparmassnahmen RPV	Im Vernehmlassungsentwurf zum Verpflichtungskredit RPV für die Jahre 2026-2028 ist nur eine minimale Erhöhung der Abgeltung vorgesehen, obwohl der Bund einen Zusatzbedarf von über 300 Mio. CHF ausweist. Ein Abbau des RPV-Angebots ist zu befürchten. Die Expertengruppe Gaillard schlägt vor, die RPV-Mittel um 62 Mio. CHF p.a. zu kürzen. Sind die Vorschläge der Gruppe Gaillard im RPV-Entwurf enthalten oder müsste bei Umsetzung dieser Vorschläge eine doppelte Sparrunde im RPV durchgeführt werden?
24.7595	DE FR IT	Fra. Docourt. Behindertengleichstellungsgesetz und Linie Le Locle–Les Brenets: Welche Alternative wird angeboten?	Auf der Linie Le Locle–Les Brenets wird das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) nicht umgesetzt. Das wurde bereits 2020 angesprochen, als über den Ersatz der Bahnlinie durch einen Bus informiert wurde. Der Ersatz wird nicht vor 2031 stattfinden. Wird in Betracht gezogen, in der Zwischenzeit einen Shuttledienst oder eine andere Alternative einzurichten, der oder die dem BehiG entspricht? Dabei ist zu beachten, dass ein Shuttledienst nur eine Ersatzlösung und daher nicht ideal ist.
24.7603	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Bericht Entwicklung Kerntechnologie	Das BFE hat am 1. Juli 2024 einen Bericht zum Stand der Entwicklung der Kerntechnologie veröffentlicht. Der Bericht steht im Zusammenhang mit der Berichterstattung des Bundesrats an die Bundesversammlung gemäss Artikel 74a des Kernenergiegesetzes. - Wie kommt es dazu, dass der Bericht von Personen mitverfasst wurde, die im Auftragsverhältnis stehen mit einem Kernkraftwerk-Betreiber, namentlich der Axpo? - Wurde der Bericht einer unabhängigen Qualitätsprüfung unterzogen?
24.7610	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Schweizer Bäche in schlechtem Zustand – was unternimmt der Bundesrat?	Eine Studie der EAWAG vom 6. Mai 2024 hat 99 Schweizer Bäche untersucht und kommt zum Schluss, dass die Mehrheit dieser Bäche im Mittelland, in Teilen des Juras und der Talebenen grösserer Täler ihre Rolle als Lebensraum für Tiere nur eingeschränkt wahrnehmen können. Viele Gewässer sind eingedolt und in stark landwirtschaftlich genutzten Einzugsgebieten oft durch Pestizide belastet. - Wie beurteilt der Bundesrat diese Erkenntnisse? - Welche Massnahmen ergreift er?
24.7616	DE FR IT	Fra. Mahaim. Was tut die Schweiz gegen die Auswüchse des Netzwerks von Elon Musk?	Ohne so weit zu gehen wie Brasilien, das ein Verbot ausgesprochen hat, verfügen verschiedene Staaten über Mittel, um insbesondere gegen die Auswüchse des sozialen Netzwerks «X» (hasserfüllte Inhalte, Drohungen, Gewaltdarstellungen usw.) vorzugehen, so wie die Europäische Union mit ihrem Digital Services Act. - Wie könnte die Schweiz derzeit vorgehen? - Beabsichtigt der Bundesrat, die erforderlichen Massnahmen in den Gesetzesentwurf über die Kommunikationsplattformen aufzunehmen, der derzeit in Vorbereitung ist?

24.7626	DE FR IT	Fra. Mahaim. Presse: Wenn das Ausbluten die Demokratie bedroht	Die stets neuen Ankündigungen von Umstrukturierungen verschiedener Medien zeigen den langsamen Zerfall einer Branche, die in grossen Schwierigkeiten ist. - Teilt der Bundesrat, abgesehen vom zur Diskussion stehenden indirekten Hilfspaket, die Sorge, dass diese Entwicklung eine grosse Bedrohung für die Stabilität der Demokratie darstellt, weil die Medien die dringend benötigte «vierte Gewalt» bilden? - Wenn ja, wie gedenkt der Bundesrat mittel- und langfristig gegen diesen beunruhigenden Trend vorzugehen?
24.7630	DE FR IT	Fra. Jauslin. Übernimmt der Bundesrat unreflektiert die Sichtweise der Verwaltung?	In der Antwort zur Frage 24.7462 anerkennt der Bundesrat, dass im schweizerischen Recht kein «Luftverkehrsbetreiberzeugnis» vorkommt und dessen Voraussetzungen nicht explizit geregelt sind, sondern nur in der von der Schweiz übernommenen Verordnung (EU) 965/2012. EU- und Schweizer Recht wären damit also identisch. Warum wurde nach dem JU-52-Unfall dann Art. 101 LfV in Kraft gesetzt? ORO.AOC.100 regelt ja genau diese Fälle!
24.7631	DE FR IT	Fra. Töngi. Wann erfolgt die nächste Publikation der externen Kosten des Verkehrs?	In den vergangenen Jahren wurden zwischen Juni und August die Ergebnistabellen Externe Kosten des Verkehrs publiziert. Das ARE führt zur Zeit ein Methodenupdate durch. - Wann wird das Methodenupdate publiziert? - Wann werden die aktuellen Zahlen der externen Kosten publiziert? - Gibt es Zwischenresultate, wie sich die Resultate auf Grund des Updates gegenüber früheren Auswertungen verändern werden?
24.7636	DE FR IT	Fra. Rechsteiner Thomas. Sommerstrom für den Winter speichern	Der notwendige und begrüssenswerte rasche Ausbau der Sonnenenergie in der Schweiz hat einen Haken: Es wird vor allem im Sommer produziert, die grosse Winterlücke bleibt bestehen. 1. Wäre es nicht absolut notwendig, möglichst rasch nach tragfähigen Lösungen zu suchen, um den Sommerstrom für den Winter speichern zu können? 2. Ist der Bundesrat bereit, in diesem Sinne aktiv zu werden?
24.7637	DE FR IT	Fra. Gafner. Gerinneholzerei	Nach den aussergewöhnlichen Unwetterschäden von 2005 im Berner Oberland, wo Schwemmholz und mitgerissene ufernahe Bäume Engpässe verstopften und riesige Schäden verursachten, wurde die Gerinneholzerei in den Folgejahren intensiviert. Nun sind fast 20 Jahre vergangen und die Bachläufe sind wieder voll bewaldet. - Wie gedenkt der Bundesrat eine Wiederholung solcher Ereignisse zu verhindern? - Gibt es beim BAFU eine Strategie zur Offenhaltung der Fluss- und Bachläufe?

24.7645	DE FR IT	Fra. Hug. Bewilligungspraxis bei Wolfsregulationen	Die Bewilligungspraxis des BAFU bei Wolfsregulationen führte insbesondere in Graubünden zu Irritationen. - Ist es korrekt, dass der Kanton Graubünden das definitive Gesuch für die Wolfsabschüsse erst am Abend des 14. August 2024 eingereicht hat? - Haben die Kantone gewusst, dass das BAFU 15 Arbeitstage für die Genehmigung eines Gesuchs benötigt? - Wird dieser Prozess im Hinblick auf kommende Gesuche vereinheitlicht?
---------	--	--	--

Departement für auswärtige Angelegenheiten

24.7528	DE FR IT	Fra. Walder. COP29 in Baku: Die Schweiz soll die Freilassung der 23 armenischen Gefangenen aus Berg-Karabach fordern	Im Jahr 2023 wurden die Armenierinnen und Armenier aus Berg-Karabach Opfer eines Massakers, das der ehemalige Chefankläger des IStGH, Louis Moreno Ocampo, als Völkermord einstufte. Bei diesem Verbrechen liess Baku mehrere angesehene Persönlichkeiten aus Armenien widerrechtlich gefangen nehmen. Die Schweiz wird diesen Herbst an der COP29 in Baku teilnehmen. Wird sie diese Gelegenheit nutzen, um die sofortige Freilassung dieser 23 Gefangenen als Geste des guten Willens im Rahmen des Friedensprozesses zwischen Aserbaidschan und Armenien zu fordern?
24.7541	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Untragbares Verhalten der israelischen Behörden gegenüber dem Leiter des UNRWA!	Vor kurzem wurde bekannt, dass der Generalkommissar des UNRWA, Philippe Lazzarini, nicht nur nicht mehr in den Gazastreifen einreisen darf, sondern dass Israel ihm auch jegliche Visa für Reisen in das Land verweigert. - Hat der Bundesrat gegen diese Versuche protestiert, Philippe Lazzarini an der Erfüllung seines Mandats zu hindern und die Lage der Palästinenserinnen und Palästinenser weiter zu schwächen? - Hat er auch bei den Vereinten Nationen in gleicher Weise interveniert?
24.7574	DE FR IT	Fra. Tschopp. Wie kann man die Einreise von Akteuren von humanitären Hilfsorganisationen nach Gaza und Israel wieder sicherstellen?	Die israelische Regierung hindert mehrere Akteure von UN-Organisationen, die humanitäre Hilfe leisten, an der Einreise nach Gaza und Israel. Die Präsenz von solchen Organisationen ist jedoch unerlässlich, um den Transport von Hilfsgütern für Opfern zu koordinieren, die extreme Not leiden. Beabsichtigt die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen, der dem humanitären Völkerrecht verpflichtet ist, und als Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die israelische Regierung durch den Bundesrat an ihre Verpflichtungen zu erinnern?

24.7542	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Der Iran lässt weiter zahlreiche Menschen hinrichten! Wie reagiert der Bundesrat?	Laut Amnesty International entfielen 74 Prozent der im Jahr 2023 weltweit erfassten Hinrichtungen auf den Iran. Nach dem Amtsantritt des neuen iranischen Präsidenten wurde es noch schlimmer. Allein im August 2024 wurden mehr als 100 Gefangene hingerichtet, darunter 10 Frauen. Was unternimmt der Bundesrat, um dem Iran in Erinnerung zu rufen, dass diese Hinrichtungen unmenschlich sind ? Diese Frage drängt sich insbesondere auf, weil die Schweiz die weltweite Abschaffung der Todesstrafe als Priorität definiert hat.
24.7553	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Kümmern sich bei der Uno Autokraten um die Menschenrechte?	Gemäss NZZ vom 22. Juli 2024 war 2023 ein Iraner Vorsitzender des Uno-Sozialforums für Menschenrechte, 2024 hat Saudi-Arabien den Vorsitz der Uno-Kommission zur Rechtsstellung der Frau übernommen. 1. Trifft es zu, dass diesen beiden Staaten, welche die Frauen- und Menschenrechte mit Füßen treten, diese Vorsitzfunktionen anvertraut wurden? 2. Falls ja, warum hat die Schweizer Delegation diese Nominierungen nicht zu verhindern versucht?

Finanzdepartement

24.7510	DE FR IT	Fra. Feller. Inspektion von Banken in der Schweiz durch die amerikanische Finanzmarktaufsicht	Die amerikanische Finanzmarktaufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission (SEC) hat kürzlich Vertreterinnen und Vertreter in die Schweiz geschickt, um Kontrollen in Banken durchzuführen, die Vermögen von amerikanischen Kundinnen und Kunden verwalten (www.handelszeitung.ch, 20. August 2024). - Sind solche Inspektionen durch ausländische Behörden üblich? - Ist die FINMA auch dazu gehalten, Banken auf amerikanischem Boden zu inspizieren, die Vermögen von Schweizer Kundinnen und Kunden verwalten?
24.7554	DE FR IT	Fra. Wettstein. Umsetzung Vorschläge Expertengruppe: gebündelt oder etappiert?	Der Bundesrat hat angekündigt, nach Abschluss der "runden Tische" zu den Vorschlägen der Expertengruppe Gaillard eine Vernehmlassungsbotschaft auszuarbeiten und im Januar 2025 in die Vernehmlassung zu geben. Stellt sich der Bundesrat darauf ein, dass er die Umsetzungsvorschläge in einem einzigen Mantelerlass regeln wird, oder geht er davon aus, dass die Umsetzung in mehreren Vorlagen erfolgt, die den politischen Entscheidungsprozess einzeln durchlaufen?
24.7585	DE FR IT	Fra. Zybach. Externe Experten EFD	Welche externen Experten wurden in den letzten 5 Jahren, wie oft und in welchem Rahmen vom EFD für Beratungen oder Berichte mandatiert, haben in Arbeitsgruppen mitgearbeitet oder hatten für den Bund öffentliche Auftritte und wie wurden sie entschädigt?

24.7607	DE FR IT	Fra. Rüegger. Grenzkontrolle zu Italien - Bilanz - Weiterführen?	Der BR hat im September 2023 beschlossen, die Kontrollen an der italienischen Grenze zu intensivieren. - Welche Bilanz zieht er aus dieser Massnahme? - Erwägt er, einen solchen Beschluss zu wiederholen? - Wenn nein, warum nicht? - Wenn ja, wie?
24.7620	DE FR IT	Fra. Andrey. Eigenkapital der Nationalbank	Die Schweizerische Nationalbank bleibt nach eigenen Angaben bei negativem Eigenkapital handlungsfähig. Auch wenn dieser Zustand nicht anzustreben ist, stellt sich im Gegenzug die Frage nach der angemessenen Höhe des Eigenkapitals. Gibt es solide, ökonomische Belege für die Notwendigkeit einer Quote von 20%, wie sie von der Bank angestrebt wird?

Justiz- und Polizeidepartement

24.7495	DE FR IT	Fra. Steinemann. Warum «muss» der Hass- und Hetzeprediger aus Biel in der Schweiz bleiben?	Das Obergericht Bern hob den Landesverweis gegen Abu Ramadan auf, obwohl er zu einer Katalogtat verurteilt wurde. Er habe sie vor dem 1. Oktober 2016 begangen. Aber schon vor Inkrafttreten der Ausschaffungsinitiative hätte der Rechtsrahmen bei verurteilten Ausländern die Abschiebung ermöglicht. Nur ist er seither obligatorisch. Hätten ihn die Berner Behörden auch auf der früheren Gesetzeslage ausweisen können?
24.7496	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie viele Türken insgesamt haben mit gefälschten Papieren Asyl erschlichen?	Im Dezember 2023 hat eine Zeitung aufgedeckt, dass türkische Staatsangehörige mit Korruption zu inhaltlich falschen Haftbefehlen gekommen sind, worauf sie prompt hier Asyl erhalten haben. Inzwischen sollte das SEM dies aufgearbeitet haben. - Wie viele Fälle sind betroffen? - Mit wie vielen Personen? - In wie vielen Fällen ist schon Familiennachzug gewährt worden? - In wie vielen Fällen hat das SEM ein Asylaberkennungsverfahren eingeleitet?
24.7497	DE FR IT	Fra. Steinemann. Wie viele Gesuchsteller aus dem 24-Stunden-Verfahren haben kontrolliert das Land verlassen?	1. Wie viele Personen haben seit Einführung der 24-Stunden-Verfahren ein solches durchlaufen? 2. Wie viel Zeit hat dieses tatsächlich in Anspruch genommen? 3. Bei wie vielen ist der Asylentscheid positiv ausgefallen? 4. Wie viele haben eine vorläufige Aufnahme erhalten? 5. Wie viele haben kontrolliert das Land verlassen? 6. Was ist mit dem Rest passiert?

24.7498	DE FR IT	Fra. Steinemann. Was passiert mit den Kriminaltouristen?	Auch bei Kriminaltouristen sind oftmals den Behörden die Hände gebunden. - Wie viele haben die Behörden 2023 aufgegriffen? - Wie viele wurden verurteilt? - Wie viele davon wurden kontrolliert ausgeschafft? - Wie viele sind untergetaucht? - Wie viele haben (z. B. wegen Krankheit) eine Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz erhalten? - Was passierte mit dem Rest?
24.7521	DE FR IT	Fra. Molina. Die Schweiz als sicherer Rückzugsort für gesuchte Neonazis?	Das deutsche Innenministerium vermeldete zum Stichtag Ende März 2024 insgesamt 798 offene Haftbefehle gegen Neonazis, von denen sich sieben Personen gesichert in der Schweiz befinden. - Sind dem Bundesrat diese Zahlen bekannt? - Wie gross ist die Bedrohung, die durch diese Personen in der Schweiz ausgehen? - Laufen in dieser Sache Rechtshilfeverfahren? - Bestehen Schweizer Haftbefehle? - Besteht eine Auslieferungsverpflichtung? - Führt die Schweiz eine ähnliche Daten-Erhebung durch?
24.7533	DE FR IT	Fra. Steinemann. Deutschland ordnet per sofort Grenzkontrollen an	Zwecks effizienter Bekämpfung, aber auch zum Schutz der inneren Sicherheit vor den aktuellen Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus und vor grenzüberschreitender Kriminalität der irregulären Migration, ordnet das deutsche Innenministerium Kontrollen an allen Grenzen an. Sie beginnen bereits am 16. September. Warum kann EU-Mitglied Deutschland diese effiziente Massnahme anordnen und die Schweiz (laut Bundesrat) angeblich nicht?
24.7558	DE FR IT	Fra. Kolly. Grenzkontrollen in Deutschland zur Bekämpfung von illegaler Einwanderung	Deutschland hat kürzlich angekündigt, es werde seine Grenzkontrollen verstärken, um die illegale Einwanderung zu bekämpfen und seine innere Sicherheit zu stärken. 1. Wird die Schweiz das Gleiche tun? 2. Wenn nein, ist allenfalls zu befürchten, dass illegale Einwanderinnen und Einwanderer, die nicht nach Deutschland können, in die Schweiz kommen? 3. Wird die Schweiz Bestrebungen der Schengen-Mitgliedstaaten unterstützen, die Kontrollen an den Binnengrenzen des Schengenraums zu verstärken?
24.7571	DE FR IT	Fra. Addor. Deutschland führt allgemeine Einwanderungskontrollen an allen Grenzen durch. Und die Schweiz?	Das grün-sozialistische Deutschland hält die Lage an der Front der illegalen Einwanderung für so ernst, dass es ab dem 16. September für sechs Monate an allen Grenzen allgemeine Einwanderungskontrollen einführen wird. Wie schätzt der Bundesrat die Lage an den Grenzen der Schweiz ein, und was muss passieren, damit er ähnliche Massnahmen ergreift?

24.7584	DE FR IT	Fra. Amaudruz. Grenzkontrollen	- Wie viele Länder im Schengen-Raum haben die Grenzkontrollen mit dem Hinweis auf die Bekämpfung der illegalen Einwanderung wieder aufgenommen? - In wie vielen Fällen waren die Institutionen der EU der Ansicht, dass es sich dabei um eine Verletzung der Verträge handelte, sodass sie die Einstellung dieser Kontrollen forderten?
24.7586	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. In Europa sind aktuell offensichtlich mehr Grenzkontrollen notwendig. Auch in der Schweiz. Wann handelt der Bundesrat?	Offenbar ist es trotz "Schengen" möglich, Grenzkontrollen durchzuführen. Neu kontrolliert zum Beispiel die deutsche Polizei an allen Landgrenzen. - Welche Länder im Schengen-Raum führen an ihren Landesgrenzen (zumindest vorübergehende) Grenzkontrollen durch? - Wenn es möglich ist, Grenzkontrollen im Schengen-Raum durchzuführen, warum handelt die Schweiz nicht? - Wann werden in der Schweiz Grenzkontrollen eingeführt?
24.7589	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Grenzkontrollen als eine mögliche wichtige Massnahme	In der Vergangenheit hat die Schweiz im Einklang mit internationalen Verträgen mehrmals Grenzkontrollen eingeführt. - Ist der Bundesrat der Ansicht, dass diese von ihm angeordneten Kontrollen ihre Ziele erreicht haben? - Erwägt er, in Zukunft auf diese Lösung zurückzugreifen?
24.7596	DE FR IT	Fra. Freymond. Deutschland weitet seine Grenzkontrollen aus	Deutschland beschloss, die Kontrollen an seinen Grenzen zu verschärfen, um "den Schutz der inneren Sicherheit zu gewährleisten". - Welches sind die Folgen für die Schweiz? - Hat der Bundesrat auf diese Ankündigung reagiert oder beabsichtigt er, dies zu tun? - Ist der Bundesrat der Ansicht, dass der Schengener Grenzkodex verletzt wird?
24.7599	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Artikeln 25 bis 35 des Schengener Grenzkodexes	Deutschland hat beschlossen, die Kontrollen an seinen Grenzen weiter zu verschärfen. Diese Entscheidung bedeutet, dass die Kontrollen in Deutschland den Artikeln 25 bis 35 des Schengener Grenzkodexes entsprechen - eine Auffassung, der die EU-Institutionen nicht widersprechen. - Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die Situation in der Schweiz grundlegend anders ist und dass eine solche Massnahme rechtswidrig wäre? - Falls ja, mit welcher Begründung?
24.7609	DE FR IT	Fra. Nicolet. Wirksamkeit der Grenzkontrollen in Deutschland: Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen?	In seiner Stellungnahme vom 21. Februar 2024 zur Interpellation 23.4405 erklärte der Bundesrat, dass die Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen die irreguläre Migration nicht oder nur sehr begrenzt eingedämmt hätten. Hält er an dieser Analyse fest, obwohl Deutschland ankündigt, weiter in die gleiche Richtung zu gehen, und wenn ja, ist er der Ansicht, dass Deutschland auf dem falschen Weg ist?

24.7613	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Wann beschliesst der Bundesrat endlich Grenzkontrollen zum Schutz unserer Bevölkerung?	Am letzten Montag ordnete Deutschland Kontrollen an allen Grenzen an. Solange der Schutz der europäischen Aussengrenzen nicht gewährleistet sei, müssten die Binnengrenzen geschützt werden. Bereits im Juni kontrollieren 8 EU-Staaten ihre Grenzen. - Wann führt auch der Bundesrat Grenzkontrollen ein, um unsere Bevölkerung vor den Folgen unkontrollierter Migration, Kriminaltourismus und Terrorismus zu schützen? - Wann werden Asylsuchende, die über sichere Nachbarstaaten einreisen, zurückgewiesen?
24.7624	DE FR IT	Fra. Pahud. Deutschland führt wieder Grenzkontrollen ein. Wird der Bundesrat seine Antwort auf die Motion 24.3701, die eine Präsenz an der Grenze fordert, überdenken?	Laut seiner Stellungnahme zur Motion 24.3701, die einen permanenten Schutz der Landesgrenzen fordert, hält es der Bundesrat nicht für notwendig, dass das Personal des BAZG rund um die Uhr an der Grenze präsent sein muss. Deutschland wird an allen seinen Grenzen wieder Kontrollen einführen, um Migration und Kriminalität einzudämmen. Wird der Bundesrat seine Haltung zu dieser Motion und seine Antwort darauf überdenken und damit den gleichen Ansatz wie unser deutscher Nachbar verfolgen?
24.7647	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. Wie lange will SP-Bundesrat Beat Jans noch wegschauen?	1. Sieht SP-BR Jans weiterhin keinen Anlass, systematische Kontrollen an der Schweizer Landesgrenze durchzuführen? 2. Was unternimmt SP-BR Jans dagegen, dass illegale Asyl-Migranten auf ihrem Weg von Italien oder Osteuropa nach Deutschland nicht in der Schweiz verbleiben, weil Deutschland seinen Grenzen kontrolliert? 3. Unter www.svp.ch/neue-normalitaet finden sich hunderte Medienberichte über Verbrechen – oft begangen durch illegale Asyl-Migranten. Wie lange will SP-BR Jans noch wegschauen?
24.7539	DE FR IT	Fra. Amaudruz. Minderjährige Terroristen. Welche Antwort?	Die jüngsten dschihadistischen Angriffe zeigen, dass die Angreifer häufig jung oder sogar minderjährig sind. Angeichts dieser Situation bitte ich den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten: - Haben die Richterinnen und Richter, die sich der Jugendgerichtsbarkeit widmen, die Befugnis, sich mit Terrorismusfällen zu befassen? - Welche Ermittlungsmöglichkeiten haben sie? - Ist der Kanton die richtige Ebene, um gegen minderjährige Terroristen vorzugehen? - Sollten diese Ermittlungen nicht der Bundesanwaltschaft übertragen werden?
24.7560	DE FR IT	Fra. Dandrès. Wie hoch ist der Nutzen aus den korrupten Handlungen von Gunvor, Glencor usw. für den Bund?	Die Bundesanwaltschaft verurteilte Glencore wegen Korruption im Kongo (DRK) zu 2 Millionen Franken Busse und 150 Millionen Franken Ersatzforderung. Diese Summe soll dem Vorteil aus der Straftat entsprechen. Solche Fälle und finanzielle Sanktionen häufen sich. Beispiele: Gunvor im Jahr 2024 (82,3 Millionen) und im Jahr 2019 (90 Millionen). - Wie viele in der Schweiz ansässige Unternehmen wurden in den letzten 10 Jahren zur Leistung von Ersatzforderungen verurteilt? - Wie hoch waren die Beträge? - Welcher Anteil kam den Opferländern zugute?

24.7566	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Bundesgericht schafft neues «Familienmitzugsrecht» – mehr Zuwanderung ohne gesetzliche Grundlage?	Das Bundesgericht hat das Ausländerrecht weiter aufgeweicht (2C_273/2023). Zu beurteilen war, ob eine 17-jährige Schweizerin, die ihr ganzes Leben in der Türkei verbrachte, beim Umzug in die Schweiz ihre türkische Mutter «mitziehen» könne. Das Bundesgericht bejahte dies gestützt auf Art. 24 BV und Art. 8 EMRK, obwohl das AIG keinen Familienmitzug kennt. Die Kriterien legt es in freier Rechtsschöpfung gleich selber fest.< Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass dies Sache des Gesetzgebers wäre?
24.7572	DE FR IT	Fra. Walder. Die Europäische Menschenrechtskonvention verdient mehr als unsere Verachtung!	Im November 2024 wird die Schweiz den 50. Jahrestag ihres Beitritts zur Europäischen Menschenrechtskonvention feiern. Hat der Bundesrat ein anderes Geburtstagsgeschenk in Betracht gezogen als die aktuelle Erklärung, in der er dazu aufrief, eines der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht umzusetzen?
24.7579	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Wird kriminellen Ukrainern der Schutzstatus S (nicht) entzogen?	Straftaten von Ukrainern haben massiv zugenommen: 2023 wurden 1'636 Ukrainer (1'152 mit Schutzstatus) verzeichnet (PKS/BFS). Das bedeutet eine Zunahme um 687% gegenüber 2021 und um 147% gegenüber 2022. Der Schutzstatus wurde währenddessen gemäss Bundesrat in (nur) 103 Fällen widerrufen (01.03.2022-30.04.2024; 24.7429). Daraus ist zu schliessen, dass die meisten kriminellen «Schutzbedürftigen» ihren Schutzstatus behalten und in der Schweiz bleiben dürfen. Wie erklärt der Bundesrat diesen Umstand?
24.7580	DE FR IT	Fra. Buffat. Asylmissbrauch, um sich behandeln zu lassen	Bereits 2019 habe ich zum Phänomen der kranken Georgierinnen und Georgier, die Asyl beantragen, um sich auf Kosten der Schweiz behandeln zu lassen, vom Bundesrat mit einer Interpellation eine Auskunft verlangt (19.4575). Das SEM führt nun offenbar Statistiken. - Wie viele Georgierinnen und Georgier kamen in den Jahren 2023 und 2024 in die Schweiz, um Asyl zu beantragen? - Für wie viele von ihnen betragen die gesamten Gesundheitskosten (einschliesslich der von der OKP bezahlten) mehr als 10 000 Franken?
24.7582	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Minderjährige Flüchtlinge bringen Kantone an den Anschlag	Die Zahl der Asylgesuche von unbegleiteten Minderjährigen (UMA) steigt stark und belastet die Kantone. Gemäss einer SODK-Umfrage sind sechs Kantone an ihrer Kapazitätsgrenze, in elf Kantonen ist die Lage angespannt. - Welche Kantone sind konkret am Anschlag, und in welchen Kantonen ist die Lage angespannt? - Wie häufig kommt es vor, dass UMA ihr Alter falsch angeben, und welche Massnahmen werden ergriffen, um das wahre Alter dieser Personen zuverlässig festzustellen?

24.7594	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Grosszügige Ausgangsmodalitäten in Bundesasylzentren	Eine Verordnung des EJPD (142.311.23) fördert Erstaunliches über die grosszügigen Ausgangsregeln in BAZ zutage: Gemäss Art. 17 dauert der Ausgang täglich von 09.00 bis 17.00 Uhr. Am Wochenende – notabene von Freitag 09.00 Uhr bis Sonntag 19.00 Uhr – wird er gleich durchgehend gewährt, wenn dies dem Personal gemeldet wird. Selbst weitere Verlängerungen können bewilligt werden. Was geschieht: - bei Nichteinhaltung der Zeiten? - bei polizeilichen Vorfällen? - bei Eröffnung von Strafverfahren?
24.7597	DE FR IT	Fra. Calame. Besonderes Bundesasylzentrum in Les Verrières	Fragen an den Bundesrat - Wie hoch ist der durchschnittliche Belegungsgrad ? - Wie hoch ist das Verhältnis zwischen der Anzahl der Asylsuchenden und der Anzahl der Personen, die das Zentrum beaufsichtigen und verwalten? - Wie ist dieses Verhältnis im Vergleich zu den Kennzahlen, die für Zentren desselben Typs festgelegt wurden? - Wie hoch sind die in diesem Zentrum anfallenden Kosten?
24.7601	DE FR IT	Fra. Calame. Bancomaten und dann ...	In Grenzdörfern wurden in letzter Zeit so viele Bankautomaten gesprengt, dass deren Schliessung üblich geworden ist und in ganzen Dörfern kein Geld mehr abgehoben werden kann. Sieht der Bundesrat dies nicht als ausreichenden Grund für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen?
24.7606	DE FR IT	Fra. Jost. Verbot der Leihmutterschaft - Umgehung verhindern?	Da Leihmutterschaft in der Schweiz verboten ist, umgehen Wunscheltern das Gesetz indem sie Angebote in Anspruch nehmen in Ländern (Georgien, Ukraine, Russland, Indien und USA), wo kommerzielle Leihmutterschaft erlaubt ist. - Wäre es aus völkerrechtlicher Sicht der Schweiz möglich, bilaterale Abkommen mit diesen Staaten abzuschliessen, die es SchweizerInnen untersagen würden, das Verbot in dieser Weise zu umgehen? - Gibt es weitere Handlungsmöglichkeiten die Verbotsumgehung zu verhindern?
24.7608	DE FR IT	Fra. Pahud. Drogenhandel auf der Strasse: Hauptbeschäftigung der Asylsuchenden?	In den Schweizer Städten, insbesondere in der Welschschweiz, wird der Drogenhandel auf der Strasse aus sicherheitspolitischer und gesundheitlicher Sicht zum Problem. Die Situation wird für die kantonalen und kommunalen Behörden untragbar. Die Dealerinnen und Dealer sind fast ausschliesslich Asylsuchende. Welchen Aufenthaltsstatus haben diese Asylsuchenden und welche Massnahmen ergreift der Bundesrat gegen diese Dealerinnen und Dealer aus dem Asylbereich ?
24.7622	DE FR IT	Fra. Trede. Ressourcenüberprüfung Fedpol?	Der Nationalrat hat das <u>Postulat der Finanzkommission 23.4349</u> betreffend externer Ressourcenüberprüfung beim Fedpol im Februar 2024 gutgeheissen. Wen hat das Bundesrat mit der externen Prüfung beauftragt und bis wann kann der Nationalrat mit dem Bericht rechnen?

24.7632	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Ausschaffungen von Verbrechern und Gefährdern nach Afghanistan: Wann schafft die Schweiz, was auch Deutschland schafft?	Deutschland hat Ende August das erste Mal wieder Abschiebungen nach Afghanistan durchgeführt. Gemäss Innenministerin Faeser haben die 28 Männer ihr Asylrecht verwirkt, weil sie schwere Straftaten begangen haben oder islamistische Gefährder sind. Die NZZ schrieb bereits vor einem Jahr, das Leben am Hindukusch sei «so sicher wie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr» (12.9.2023). Wann schafft auch die Schweiz Verbrecher und Gefährder zum Schutz unserer Bevölkerung nach Afghanistan aus?
24.7640	DE FR IT	Fra. Bühler. Jurassischer Separatismus und Respekt vor den Institutionen?	Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sagte am 23. Juni 2024 (19.30 Uhr, RTS 1), die Gründung des Kantons Jura sei auf die sauberste Art und Weise erfolgt und die Institutionen seien aus Bundessicht respektiert worden. Am 10. August 1989 zerstörten jurassische Separatisten der Béliers die Statue Le Fritz, die «Wache von Les Rangiers», und verschmierten den Sockel mit dem Slogan "DMF tue" und einem Hakenkreuz. Ist dies nach Ansicht des Bundesrates die sauberste Art und Weise und ein Zeichen des Respekts vor den Institutionen?
24.7641	DE FR IT	Fra. Bühler. Jurassischer Separatismus und Respekt vor den Institutionen?	Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sagte am 23. Juni 2024 (19.30 Uhr, RTS 1), die Gründung des Kantons Jura sei auf die sauberste Art und Weise erfolgt und die Institutionen seien aus Bundessicht respektiert worden. Am 11. Dezember 1968 drangen anlässlich der Wahl von Bundesrat von Moos zum Bundespräsidenten militante Separatisten der Béliers in den Nationalratssaal ein. Ist dies nach Ansicht des Bundesrates die sauberste Art und Weise und ein Zeichen des Respekts vor den Institutionen?
24.7642	DE FR IT	Fra. Bühler. Jurassischer Separatismus und Respekt vor den Institutionen?	Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sagte am 23. Juni 2024 (19.30 Uhr, RTS 1), die Gründung des Kantons Jura sei auf die sauberste Art und Weise erfolgt und die Institutionen seien aus Bundessicht respektiert worden. Am 5./6. April 1989 verübten jurassische Aktivisten einen Brandanschlag auf die Holzbrücke in Büren an der Aare. Ist dies nach Ansicht des Bundesrates die sauberste Art und Weise und ein Zeichen des Respekts vor den Institutionen?
24.7646	DE FR IT	Fra. Aeschi Thomas. «Strichli- Liste» von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 27 im dritten Quartal 2024	Der Bundesrat wollte «im dritten Quartal 2024» über die effektiv vollzogen Landesverweise gem. Ausschaffungs-VI (09.060/20.025) vom 28. Nov. 2010 (!) informieren (17: 17.5098 , 17.5305 , 17.5431 , 17.5563 ; 18: 18.5082 , 18.5280 , 18.5554 , 18.1082 ; 19: 19.5122 , 19.5303 , 19.5471 , 19.5563 ; 20: 20.5070 ; 21: 21.7203 , 21.7395 , 21.7806 , 21.8042 ; 22: 22.7160 , 22.7364 , 22.7724 , 22.7878 ; 23: 23.7043 , 23.7357 , 23.7590 ; 24: 24.7035 , 24.7363). Sind es 4000 Ausschaffungen, wie von den Gegnern von 13.091 behauptet?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

24.7489	DE FR IT	Fra. Molina. Ist das Freihandelsabkommen (FHA) mit Indien ein wichtiges oder ein unwichtiges Abkommen?	In der Aussenwirtschaftsstrategie (AWS) schreibt der Bundesrat, dass er beabsichtige «gezielte wissenschaftliche Einschätzungen im Vorfeld wichtiger Wirtschaftsabkommen (Ex-ante-Analysen) durchzuführen, welche im Rahmen von Verhandlungen berücksichtigt werden.» Im Fall von Indien ist dies nicht geschehen. - Handelt es sich beim FHA mit Indien um ein unwichtiges Abkommen? - Der Bundesrat lehnte Postulat 23.4320 mit Verweis auf die AWS ab. Welchen Wert hat die AWS, wenn sie nicht eingehalten wird?
24.7490	DE FR IT	Fra. Molina. Umgeht Russland Gold-Sanktionen via Usbekistan, Kasachstan und die Schweiz?	Gemäss einem Bericht von Swissinfo.ch vom 03.09.24 sind Gold-Importe aus Usbekistan und Kasachstan seit Ende 21 rapide angestiegen und befinden sich auf einem Rekordhoch. Gemäss BAZG-Daten wurden 2023 insgesamt 130 Tonnen Gold aus Usbekistan und 59 Tonnen aus Kasachstan importiert. - Wie schliesst der Bundesrat aus, dass Russland das Gold-Embargo so umgeht? - Ist er bereit, gesetzliche Anpassungen der Transparenz- und Deklarationspflichten sowie verstärkte Kontrollen zu unterstützen?
24.7493	DE FR IT	Fra. Molina. Welche Auswirkungen hat das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zur israelischen Annexion der palästinensischen Gebiete für die Schweiz?	Der IGH hat am 19.07.24 in einem Rechtsgutachten festgestellt, dass Israels Besatzungspolitik eine völkerrechtswidrige Annexion darstelle, es sich ohne Bedingungen zurückziehen und Betroffene zu entschädigen habe. - Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Schweiz? - Welche Massnahmen wurden getroffen, um den Handel und Investitionen von Schweizer Unternehmen in Siedlungen zu unterbinden? - Wird der Bundesrat EU-Sanktionen gegen gewalttätige Siedler und deren Organisationen übernehmen?
24.7500	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Wie weiter nach Rückweisung der 3.5% Acker BFF?	- Wie gedenkt der Bundesrat die Förderung der Biodiversität in Defiziträumen wie dem Ackerland zu optimieren? - Mit welchen Massnahmen wird die Lage und Qualität der (bestehenden) Biodiversitätsförderflächen erhöht? - Mit welchen Massnahmen wird künftig auch die Fauna spezifisch gefördert und nicht nur die botanische Vielfalt wie heute?
24.7505	DE FR IT	Fra. Jaccoud. Was eine Verwaltung nicht fragen dürfte /1	«Herr X hat sich in der Gemeinde Y auf eine Wohnung beworben, die wir verwalten. Wir möchten uns vergewissern, ob diese Person bei Ihnen angestellt ist. - Ist Herr X noch in der Probezeit? - Ist sein Vertrag zeitlich befristet? - Besteht ein laufendes Kündigungsverfahren? - Wie hoch ist sein monatliches Bruttoeinkommen?» - Darf eine Immobilienverwaltung im Hinblick auf eine Wohnungsvergabe nach solchen Informationen über einen Bewerber beim Arbeitgeber fragen?

24.7506	DE FR IT	Fra. Jaccoud. Was eine Verwaltung nicht fragen dürfte /2	Im Hinblick auf eine Wohnungsvergabe ist die Immobilienverwaltung berechtigt, Angaben über Bewerberinnen und Bewerber zu sammeln, soweit dies für die Auswahl eines geeigneten Mieters oder einer geeigneten Mieterin nach objektiven Kriterien notwendig ist. Darf somit die Immobilienverwaltung vor der Wohnungsvergabe eine Person nach ihrem Zivilstand, ihrer Nationalität, dem Heimatort oder der Konfession fragen oder eine Ausweiskopie verlangen ?
24.7511	DE FR IT	Fra. de Quattro. Strategie zur Bekämpfung des Fachkräftemangels	Immer mehr Unternehmen fehlen qualifizierte Arbeitskräfte. Darunter leiden ihre Wettbewerbsfähigkeit, ihre Innovationsfähigkeit und letztendlich auch die Schaffung von Wohlstand. Zwar gehört die Bekämpfung des Fachkräftemangels zu den ständigen Aufgaben des Bundesrates. Manche Wirtschaftskreise finden jedoch, dieses Engagement sei nicht ausreichend. Ist der Bundesrat dazu bereit, eine Strategie zu erarbeiten und diese prioritär zu behandeln?
24.7514	DE FR IT	Fra. Töngi. Ammoniakverluste in der Landwirtschaft: Wie nimmt der Bundesrat seine Aufsichtspflicht wahr?	Der Bundesrat antwortete auf die Frage 23.7610, er habe keine Kenntnis darüber, welche Kantone die Empfehlungen der KOLAS bezüglich Massnahmen zur Verringerung der Ammoniakverluste in der Landwirtschaft umgesetzt oder die Wirkung dieser Massnahmen analysiert haben. - Wie kann der Bund seine Aufsichtspflicht wahrnehmen, ohne solche Kenntnisse? - Wieso zeigt die Reduktion der Ammoniakverluste trotz diverser Aktionspläne und Massnahmen in den Kantonen nicht mehr Erfolg? Was tut der Bundesrat?
24.7519	DE FR IT	Fra. Jost. 45 Prozent der heimischen Wildbienen sind gefährdet - könnten Biodiversitätsförderflächen die Situation verbessern?	Die Rote Liste, die das BAFU kürzlich publiziert hat, zeigt: 45% der Wildbienen sind gefährdet. „Hauptursachen dafür sind ein mangelndes Angebot an Blüten zum Sammeln von Pollen und Nektar sowie fehlende Nistplätze.“ - Sind die Wildbienen im landwirtschaftlich stark genutzten Mittelland stärker gefährdet als anderswo in der Schweiz? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht? - Würden Biodiversitätsförderflächen im Ackerbaugebiet (BFF) für Wildbienen eine Verbesserung darstellen? Wenn ja, inwiefern?
24.7523	DE FR IT	Fra. Schlatter. Was bedeutet die Aufhebung von 3,5% BFF für das langfristige Produktionspotenzial von Lebensmitteln? (I)	Auf die IP 22.3403 schreibt der Bundesrat: «Im Gegensatz zur Überbauung wird mit der Nutzung von landwirtschaftlicher Nutzfläche als BFF der Lebensmittelproduktion keine Ackerfläche entzogen, sondern ihr Produktionspotenzial wird langfristig gestärkt». Nach Annahme der Mo 22.3819 wurde die Pflicht zu 3,5% BFF aufgehoben. Inwiefern wirkt sich das auf Produktionspotenzial der Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit nachteilig aus?

24.7525	DE FR IT	Fra. Marchesi. Unwetterschäden im Maggiatal: Wie gedenkt der Bundesrat den dortigen Bauernbetrieben zu helfen?	- In der Nacht vom 29. auf den 30. Juni kam es zu enormen Unwetterschäden. Welche konkrete Unterstützung plant der Bundesrat für die geschädigten Bauernbetriebe, insbesondere für diejenigen Betriebe, die aufgrund des Ausmasses der Schäden nicht weitergeführt werden können? - In welcher Form gedenkt er, zusammen mit den kantonalen Behörden den Wiederaufbau dieser Betriebe am gleichen oder an einem sichereren Ort zu unterstützen? - Sind dafür spezielle Bundesbeiträge vorgesehen?
24.7531	DE FR IT	Fra. Walder. Reduzierte Studiengebühren auch für Westschweizer Studierende in Quebec?	Die Regierung um den Ministerpräsidenten François Legault hat die Studiengebühren in Quebec für belgische und französische Studierende um 70 Prozent gesenkt, um die französische Sprache zu fördern und um französischsprachige Akademikerinnen und Akademiker nach Quebec zu locken. Der Zeitung «La presse» zufolge wollte die Regierung Ende 2023 mit der Schweiz über die gleichen Vergünstigungen verhandeln. Kann der Bundesrat mitteilen, ob solche Gespräche mit den Behörden von Quebec stattgefunden haben oder geplant sind?
24.7532	DE FR IT	Fra. Walder. Wer trägt die Folgen eines militärischen Konflikts im Chinesischen Meer für unsere Wirtschaft?	Während die westlichen Länder eine Politik der Risikominimierung betreiben, macht der Bundesrat das Gegenteil, indem er das FHA mit China ausweiten will. - Ist es angesichts der imperialistischen Politik Pekings und der hohen Wahrscheinlichkeit, dass sich die Beziehungen zwischen China und dem Westen in den nächsten Jahren verschlechtern werden, sinnvoll, dass der Bundesrat den chinesischen Markt fördert? - Wer trägt die Konsequenzen für unsere Unternehmen, wenn unser Land Sanktionen verhängt oder die chinesische Regierung Beschlagnahmungen beschliesst?
24.7555	DE FR IT	Fra. Wettstein. Sagen wir am Ast, auf dem wir sitzen? (I)	Der Bundesrat schreibt auf die IP 22.3360: «Die Produktionsintensität in der Schweiz liegt heute teilweise über dem ökologisch tragbaren Niveau, was sich mittel- und langfristig negativ auf die Produktivität der Landwirtschaft auswirken kann». - Bezüglich welcher Umweltziele Landwirtschaft ist aktuell das ökologisch tragbare Niveau überschritten? - Welche Messreihen stehen uns dazu und zur Verfolgung der weiteren Entwicklung zur Verfügung?
24.7556	DE FR IT	Fra. Wettstein. Sagen wir am Ast, auf dem wir sitzen? (II)	Der Bundesrat schreibt auf die IP 22.3360: «Die Produktionsintensität in der Schweiz liegt heute teilweise über dem ökologisch tragbaren Niveau, was sich mittel- und langfristig negativ auf die Produktivität der Landwirtschaft auswirken kann». Im Klartext bedeutet dies, dass die Landwirtschaft Einbussen hinnehmen muss. Das bäuerliche Einkommen und der Anteil inländischer Nahrungsmittel sinken als Folge der zu intensiven Produktionsweisen. Wie steht der Bundesrat dazu, wie gibt er Gegensteuer?

24.7561	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Die Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV) schwächt die Richtlinien ab	Die Schweiz hat sich an der UN-Klimakonferenz 2021 in Glasgow dazu verpflichtet, keine fossilen Projekte im Ausland zu fördern. Die SERV hat im Mai dieses Jahres dem entgegengesetzt ihre Richtlinien abgeschwächt und Gasprojekte wieder zugelassen. Gas ist aufgrund der Entweichung von Methan entlang der Produktionskette jedoch vergleichbar klimaschädlich wie Kohle. - Wie rechtfertigt der Bundesrat den Bruch des Glasgow-Agreements? - Welcher Reputationsschaden droht der Schweiz im Ausland?
24.7567	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Nimmt das UVEK seine Aufsicht in Bezug auf das Glasgow-Abkommen wahr?	An der UN-Klimakonferenz 2021 hat die Schweiz das Glasgow-Abkommen unterzeichnet und sich damit verpflichtet, keine fossilen Projekte im Ausland mehr zu fördern. Im Mai dieses Jahres hat die SERV (Schweizerische Exportrisikoversicherung) ihre Richtlinien geändert und Gasprojekte wieder zugelassen. Damit bricht die Schweiz das Glasgow-Agreement. - Wurde das UVEK zuvor konsultiert? - Hat das UVEK nicht dagegen interveniert? - Warum torpediert die Schweiz vereinbarte Klimaschutz-Massnahmen?
24.7564	DE FR IT	Fra. Roduit. Finanzhilfen für robuste Sorten: ein Beispiel für eine nachhaltige Unterstützung der Landwirtschaft?	Um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren, unterstützt der Bund robuste Rebsorten (Kreisschreiben 1/2022) und robuste Apfelsorten (Kreisschreiben 2023/03). Ist dies ein gutes Beispiel für eine biodiversitätsfördernde Subvention im Sinne der Strategie Biodiversität Schweiz und des dazugehörigen Aktionsplans sowie im Sinne der zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik? Falls ja, ist der Bundesrat bereit, diese Art der Unterstützung zu verstärken?
24.7598	DE FR IT	Fra. Rügsegger. Abdrift und Abschwemmungspunkt im Pflanzenbau	Mit dem per Juni 2024 aktualisierten Massnahmenkatalog wurden die Anforderungen zur Verminderung der Abdrift und Abschwemmung von Pflanzenschutzmitteln (PSM) angepasst. - Wer war für die Zusammenstellung der eingesetzten Begleitgruppe mit 16 Fachspezialisten verantwortlich? - Inwiefern wurden die Erkenntnisse aus dem Berner Pflanzenschutzprojekt 2017-2022 in diesem Massnahmenkatalog berücksichtigt?
24.7602	DE FR IT	Fra. Molina. Wird der Bundesrat die Konsultationsantwort der APK-N zum Mandat der Neuverhandlung des Freihandelsabkommens (FHA) mit China berücksichtigen?	Die APK-N hat den Bundesrat im Rahmen der Konsultation gebeten, die Evaluation der China-Strategie und den Postulatsbericht 20.4333 in die Verhandlungen zum FHA mit China miteinzubeziehen. Laut Antwort auf die Frage 24.7206 wird letzterer im zweiten Halbjahr 2024 dem Bundesrat vorgelegt. Wann wird der Postulatsbericht sowie die externe Evaluation der China-Strategie verfügbar sein und wie gedenkt der Bundesrat diese beiden Elemente in den Verhandlungen mit Peking zu berücksichtigen?

24.7605	DE FR IT	Fra. Mahaim. Förderung des Tourismus und Schutz der Landschaft sowie der Biodiversität	Die Schönheit der Natur ist der Grundpfeiler des Schweizer Tourismus. Bei ihrer Förderung sollte daher die Vereinbarkeit mit der Biodiversität und mit der Landschaft ein zentrales Vergabekriterium sein. - Wie wurden die Ziele der Strategien im Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung, der Biodiversität, der Böden und des Klimas in die Tourismusstrategie des Bundes integriert (Politikkohärenz)? - Welche Massnahmen wurden ergriffen, um sicherzustellen, dass die Förderung des Tourismus die Biodiversität nicht beeinträchtigt (WSL-/SCNAT-Studie)?
24.7612	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Wie will der Bundesrat einen Nettorückgang der Fruchtfolgeflächen im Vergleich zu 2020 verhindern?	Auf meine Frage 24.7041 schreibt der Bundesrat, im Bericht über die künftige Ausrichtung der Agrarpolitik habe er «seinen Willen zum Ausdruck gebracht, die Produktionsgrundlagen zu erhalten». Ein Nettorückgang der Fruchtfolgeflächen im Vergleich zu 2020 solle verhindert werden. - Wie sieht der konkrete Fahrplan hierzu aus? - Wird er die Bodenstrategie in einem ambitionierten, terminierten und überprüfbaren Aktionsplan umsetzen? - Wenn ja, was sind die Eckwerte? - Wenn nein, wie sieht die Alternative aus?
24.7639	DE FR IT	Fra. Klopfenstein Broggin. Biodiversität: nachhaltige Bekämpfung des Maiswurzelbohrers	In seiner Antwort auf die Frage 23.7939 kündigt der Bundesrat an, die Strategien zur Bekämpfung des Maiswurzelbohrers zu überarbeiten, wobei er sich an den Erfahrungen der Nachbarländer orientieren will. - Ist der Futtermais oder der Mais zur menschlichen Ernährung vom Schädling betroffen? Um welche Mengen geht es dabei? - Welche Länder haben welche Erfahrungen gemacht? - Welche Art von Bekämpfungsmassnahmen werden mit der Überarbeitung vorgesehen (synthetische Pestizide, natürliche Pflanzenschutzmittel, Fruchtfolge usw.)?

Departement des Innern

24.7485	DE FR IT	Fra. Wettstein. Fleisch von St. Galler Kühen wird auch ausserhalb des Kantons gegessen	Der Kanton St. Gallen hat den Verkauf von Rindfleisch gestoppt, das zu hohe Anteile von PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen, "Ewigkeitschemikalien") aufweist. Die Verschmutzung stammt vermutlich aus der früher erlaubten Ausbringung von Klärschlamm. Fleisch und weitere Produkte von Kühen, die im Kanton St. Gallen weideten bzw. gefüttert wurden, werden allerdings nicht nur in diesem Kanton verkauft. Was unternimmt der Bund zum Schutz der Bevölkerung in der übrigen Schweiz?
24.7488	DE FR IT	Fra. Wyssmann. IGV-Änderung vom 1.6.2024: Wie stellt der Bundesrat die Information über die Notifikation durch den Generaldirektor der WHO sicher?	Am 1. Juni 2024 wurden die geänderten IGV durch die WHA (World Health Assembly) angenommen. Gemäss Art. 59 IGV läuft die Frist für das Opting Out ab offizieller Notifikation durch den Generaldirektor. Wie stellt der Bundesrat die zeitnahe und verbindliche Information über die Notifikation durch den Generaldirektor der WHO zu Händen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier sicher?

24.7492	DE FR IT	Fra. Wyssmann. IGV-Änderung vom 1.6.2024: Sicherster Weg	Am 1. Juni 2024 wurden die geänderten IGV durch die WHA (World Health Assembly) angenommen. Gemäss Art. 59 IGV läuft die 10-monatige Frist für das Opting Out ab offizieller Notifikation durch den Generaldirektor. Im Rechtsverkehr erfolgen vorsorgliche Kündigungen häufig, um sich bei bestmöglicher Fristen-Sicherheit alle Optionen vorzubehalten. Wie beurteilt der Bundesrat ein vorsorgliches Opting Out vor offizieller Notifikation des Generaldirektors und damit vor Beginn des Fristenlaufs?
24.7499	DE FR IT	Fra. Schneeberger. Warum verschleppt der Bundesrat die Kostensenkungen im Gesundheitswesen?	Seit 2019 werden monatlich 10 Mio. Franken unnötige Kosten bei der Medikamentenabgabe generiert. Mittlerweile also über eine halbe Milliarde Franken Prämien gelder. Die Motion der SGK-N 19.3005 wollte dieser Verschwendung Einhalt gebieten, passiert ist bis heute nichts. Wann endlich reagiert der Bundesrat und setzt den parlamentarischen Willen um?
24.7501	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Totalrevision der Pflanzenschutzmittelverordnung (PSMV)	Anfang 2024 hat das BLV eine Vernehmlassung zur PSMV durchgeführt. Diese enthält umfassende Neuerungen. Eine Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) wurde nicht vorgenommen. Dabei ist die RFA ein Instrument zur Untersuchung und Darstellung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Vorlagen des Bundes. Weshalb wurde keine RFA vorgenommen?
24.7502	DE FR IT	Fra. Wandfluh. Blauzungenkrankheit: Handeln, bevor es zu spät ist	Die Blauzungenkrankheit ist in die Schweiz zurückgekehrt. Obwohl für den Konsum keine Gefahr besteht, ist aufgrund der Ausbreitung in Europa eine hohe Sterblichkeitsrate bei Schafen zu befürchten. Die Schweiz darf nicht passiv auf die Ankunft der Blauzungenkrankheit warten und sich hinter fehlenden Rechtsgrundlagen verstecken. Stattdessen sollten Sofortmassnahmen ergriffen und Lösungen gefunden werden. Welche Massnahmen beabsichtigt der Bund zu ergreifen, um dieses Tierseuche zu bekämpfen?
24.7547	DE FR IT	Fra. Hübscher. Wie schützen wir unsere Tiere vor der Blauzungenkrankheit?	Nachdem die Blauzungenkrankheit in benachbarten EU-Ländern in diesem Sommer vermehrt aufgetreten ist, ist die gefährliche Viruserkrankung nun auch in diversen Kantonen in der Schweiz angekommen. Während in einzelnen EU-Ländern Wirkstoffe für die Impfung zur Verfügung stehen, wird in der Schweiz seit 2012 nicht mehr geimpft. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat, um die Nutztiere vor der Blauzungenkrankheit zu schützen und gedenkt der Bundesrat einen Impfstoff zuzulassen?

24.7507	DE FR IT	Fra. Jaccoud. Wer ist der Eigentümer von Mietwohnungen?	Es gibt eine Bundesstatistik über die verschiedenen Arten von Eigentümern von Mietwohnungen. Die Kategorie «Andere» enthält unterschiedslos alle AGs, GmbHs und Genossenschaften, also alle Versicherungen, Pensionskassen, Stiftungen, Banken, Anlagefonds usw. Hier wäre es nützlich, eine genauere Statistik zu haben, um vor allem die Pensionskassen von anderen Eigentümern unterscheiden zu können. Verfügt der Bundesrat über diese Angaben und kann er sie veröffentlichen?
24.7509	DE FR IT	Fra. Feller. Wurden die Vorgaben der Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen bei der Auswahl der Depotbank des AHV-Vermögens eingehalten?	Die Compenswiss, die öffentlich-rechtliche Anstalt, welche die Vermögenswerte der AHV verwaltet, hat der UBS kürzlich das Mandat als Depotbank entzogen und es an das amerikanische Unternehmen State Street vergeben. Diese Entscheidung folgt offenbar auf eine Ausschreibung der Compenswiss (L'Agefi, 10. Juli 2024). - Hat die Compenswiss bei der Vergabe des Mandats an State Street die Vorgaben der Bundesgesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen eingehalten? - Wenn nicht, warum nicht?
24.7512	DE FR IT	Fra. Feller. Welche Verbindung hat die neue Depotbank des AHV-Vermögens zur Schweiz?	Die Compenswiss, die öffentlich-rechtliche Anstalt, welche die Vermögenswerte der AHV verwaltet, hat kürzlich das Mandat der Depotbank an das amerikanische Unternehmen State Street vergeben. Laut der Compenswiss erklärt sich die Wahl von State Street vor allem durch dessen «Verbindung zur Schweiz» (L'Agefi, 10. Juli 2024). - Um welche Art der Verbindung handelt es sich? - Ist State Street Mitglied der Schweizerischen Bankiervereinigung Swiss Banking? - Hat State Street eine Vertretung in der Westschweiz?
24.7520	DE FR IT	Fra. Zybach. Übernahme der Mehrkosten für Spitex Organisationen nach Annahme der BVG Reform	Wegen dem tieferen BVG Koordinationsabzug werden bei den non-profit Spitex Organisationen höhere Pensionskassenbeiträge (betrifft ca 30'000 Mitarbeitende) anfallen. Die Kosten können nicht überwältigt werden, da für Pflegeleistungen ein gewinnneutraler Tarifschutz gilt. Personalkosten machen ca. 87% der gesamten Spitex-Betriebskosten aus. Sieht der Bund eine Anpassung der Tarife nach Art.7a KLV vor oder wird er die Kantone/Gemeinden anweisen, die Restkosten für die Spitexorganisationen zu erhöhen?
24.7527	DE FR IT	Fra. Farinelli. Ein Mindestalter für den Zugang zu den sozialen Medien festlegen	Soziale Medien sind ein umstrittenes Thema: Sie haben zwar neue Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten geschaffen, werfen aber insbesondere hinsichtlich ihrer Wirkung auf jüngere Menschen auch einige Fragen auf. Auch in Bezug auf Suchtverhalten werden diese Tools analysiert, überwacht und reguliert. Einige Länder, zum Beispiel Australien, führen ein Mindestalter für die Nutzung sozialer Medien ein. Wie steht der Bundesrat zu einem Eingriff in diesem Bereich?

24.7529	DE FR IT	Fra. Paganini. Verschärfte Wohnungsnot aufgrund der Biodiversitätsinitiative	Die Biodiversitätsinitiative, über die am 22.9.2024 abgestimmt wird, fordert einen verstärkten Schutz der Ortsbilder, der Kulturdenkmäler und des baukulturellen Erbes. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass die Initiative damit das Erstellen von dringend benötigtem Wohnraum weiter erschweren und verteuern würde?
24.7530	DE FR IT	Fra. Gysi Barbara. Mpox-Ausbreitung: Impfstoffspende an besonders betroffene Länder	Die WHO hat aufgrund der Ausbreitung einer neuen Mpox-Variante in mehreren afrikanischen Staaten die höchste Alarmstufe ausgerufen. Die Schweiz verfügt über einen Vorrat an Impfdosen, von denen bisher nur ein Teil verwendet wurde. Länder mit Impfstoffvorräten sind aufgefordert, diese an stark betroffene Länder abzugeben. - Ist die Schweiz bereit Impfstoffdosen an stark betroffene Länder zu spenden? - Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass dies die Ausbreitung auch nach Europa dämmen kann?
24.7536	DE FR IT	Fra. Baumann. «Pesticide Secrets» - was ist der Stand der Dinge?	Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 23.7945 zu den «Pesticide Secrets», dass für Buprofezin, Fluazinam und Glyphosat die Studien zur Entwicklungsneurotoxizität im Rahmen der Erneuerung der Wirkstoffgenehmigung der EU berücksichtigt wurden bzw. werden. Anschliessend würden in der Schweiz alle PSM gezielt überprüft, welche einen dieser Wirkstoffe enthalten. Was ist diesbezüglich der Stand der Dinge?
24.7540	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Weiterhin zahlreiche elektronische Einwegzigaretten illegal im Verkauf!	Die meisten in der Schweiz verkauften elektronischen Einwegzigaretten sind illegal, denn sie enthalten mehr als die erlaubten 2 ml E-Liquid. Das hat die Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz in ihrer Untersuchung vom 16. März 2024 aufgezeigt. Eine Nachkontrolle hat ergeben, dass fast alle erfassten Websites diese illegalen Produkte weiterhin verkaufen. Was unternimmt der Bundesrat, um durchzusetzen, dass die bereits geltenden Gesetzesbestimmungen, die ab dem 1. Oktober dieses Jahres ins Tabakproduktegesetz übernommen werden, eingehalten werden?
24.7565	DE FR IT	Fra. Roduit. Einführung von TARDOC und Pauschalen: Ist die Stärkung der Grundversorgung in Gefahr?	Der Bundesrat hat am 19. Juni 2024 den Tarifpartnern mitgeteilt, dass er die separat unterbreiteten Anträge für einen Einzelleistungstarif (TARDOC) sowie für ambulante Pauschalen teilweise genehmigt hat. Wie kann er sicherstellen, dass die in seinem Beschluss festgelegten Anforderungen die Stärkung der Grundversorgung nicht gefährden und dass die Anpassungen, die die Tarifpartner vornehmen müssen, die Grundversorgung nicht negativ beeinflussen?
24.7576	DE FR IT	Fra. Nicolet. Einführung von TARDOC und von Pauschalen: Stärkung der Grundversorgung subsidiär sicherstellen?	Der Bundesrat hat am 19. Juni 2024 die Einzelleistungstarifstruktur (TARDOC) und die Tarifstruktur für ambulante Pauschalen teilweise genehmigt. Er verlangt aber von den Tarifpartnern, dass sie bis zum 1. November 2024 noch eine Reihe von Anforderungen erfüllen. Ist der Bundesrat, gestützt auf seine subsidiäre Kompetenz, bereit, Anpassungen an den Tarifstrukturen vorzunehmen, falls sich herausstellt, dass die am 1. November vorgelegten Verträge die vorgesehene Stärkung der medizinischen Grundversorgung behindern?

24.7568	DE FR IT	Fra. Munz. Einhaltung der PSMV-Änderungen von 2020 und 2022: wie wird kontrolliert?	Pflanzenschutzmittel, die «besonders gesundheitskritisch» sind, dürfen seit 2022 nicht mehr an HobbygärtnerInnen verkauft werden. Gemäss der Antwort des Bundesrates auf die Frage 20.5878 betrifft dies 293 Wirkstoffe und 1250 Produkte. - Wie wird sichergestellt, dass keines dieser Produkte mehr verwendet werden und das Verkaufsverbot eingehalten wird? Am 16.11.2022 wurden weitere Einschränkungen für die private Anwendung angekündigt. - Wie wird dieses bald in Kraft tretende Verbot kontrolliert?
24.7581	DE FR IT	Fra. Dobler. Warum ist es Online-Anbietern verboten, die Netto-Preise von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln anzuzeigen, obwohl das HMG nicht sagt, dass eine reine Preisangabe mit Werbung gleichzusetzen ist?	- Wie beurteilt der Bundesrat die aktuelle Umsetzung der Preisbekanntgabe-Verordnung aus dem Jahre 1978, dass Online-Anbietern von Arzneimitteln aktuell untersagt ist die konkreten Netto-Preise der Produkte auf der Homepage zu publizieren, weil es gegen das Werbeverbot verstösst? - Ist er nicht auch der Meinung, dass auf Online-Bestellplattformen grundsätzlich die konkreten Preise für die potenziellen Kundinnen und Kunden transparent angegeben werden müssten, damit die Kunden Geld sparen können?
24.7587	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Bauern in SG dürfen das Fleisch ihrer Rinder nicht mehr verkaufen, weil es mit PFAS belastet ist. Die USA haben, wie andere Länder auch, ein PFAS-Problem. Wird das Importfleisch auf PFAS geprüft?	Gemäss New York Times zeigen aktuelle Messungen in verschiedenen Bundesstaaten, dass Böden in den USA massiv mit PFAS-Chemikalien verunreinigt sind. Klärschlamm wird dort bis heute auf die Felder gebracht. Auch im Kanton SG vermuten die Behörden, dass Chemikalien durch Klärschlamm auf Felder und Wiesen kamen. Die betroffenen Rinder sollen die Stoffe dann über das Gras aufgenommen haben. Deren Fleisch darf nicht mehr verkauft werden. Wie und seit wann wird das Importfleisch kontrolliert?
24.7592	DE FR IT	Fra. Brenzikofer. Kinderbetreuung streichen	Die von der EFD eingesetzte Arbeitsgruppe zur Aufgaben- und Subventionsüberprüfung will die Bundesbeiträge für familienergänzende Kinderbetreuung komplett streichen. Teilt der Bundesrat die Haltung dieser Gruppe, dass der "Umstand, dass die Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung durch die Kantone (und ihre Gemeinden) zwischen den Kantonen stark variiert, eine Spielart der föderalen Spezialisierung" sei?
24.7600	DE FR IT	Fra. Brizzi. Die IV und Hilfsmittel für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderung	Gemäss NZZ vom 7.9. verweigerte die IV Spezialschuhe für ein Kind mit Behinderung für den Schulsport. Es gibt offenbar zwei Paar Schuhe pro Jahr, obwohl der Bedarf je nach Laufaktivität und sportlicher Betätigung sehr unterschiedlich ist – und trotz Selbstbehalt im Umfang normaler Schuhkosten. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass Hilfsmittel für Kinder und Erwachsene mit Behinderungen die Eingliederung fördern sollten und dass auch der Zugang zum Schulsport ermöglicht werden sollte?

24.7611	DE FR IT	Fra. Bally. Hilfsmittelpraxis der IV lässt Zweifel aufkommen	Ein Beitrag in der NZZ vom 7.9.2024 lässt Zweifel aufkommen, ob die Hilfsmittelpraxis der IV die Bedürfnisse der Gleichstellung genügend berücksichtigt und damit Menschen mit Behinderungen befähigt, ihr ganzes wirtschaftliches Potenzial zu nutzen. Ist der Bundesrat bereit zu prüfen, inwiefern eine Optimierung der bestehenden Praxis die Abhängigkeit von Renten und anderen staatlichen Unterstützungen reduzieren könnte? Quelle: https://www.nzz.ch/schweiz/drei-paar-spezialschuhe-fuer-einen-achtjaehrigen-oder-eine-60-000-franken-prothese-fuer-eine-frau-ist-das-luxus-ld.1846260
24.7623	DE FR IT	Fra. Alijaj. Ist der Hilfsmittelkatalog der IV UN-BRK tauglich?	Die Invalidenversicherung IV hat klare Vorgaben, was für Produkte und Hilfsmittel sie pro Jahr finanziert. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass solche starren und nicht-dynamischen Vorgaben die Umsetzung der UN-BRK verhindern, weil diese Vorgaben keine individuelle Unterstützung ermöglichen?
24.7633	DE FR IT	Fra. Weichert. Zuckerreduktion in der Schweiz - wie weiter?	Die Erklärung von Mailand 2019 - 2024 über die Zusammenarbeit im Rahmen der Zucker- und Salzreduktion in verschiedenen Lebensmittelgruppen läuft Ende Jahr aus. Wie geht es weiter?
24.7635	DE FR IT	Fra. Rechsteiner Thomas. Islamistischer Terror: Ist die Schweiz vorbereitet?	Der islamistische Terror überzieht Europa (NZZ vom 26.8.2024). Die Bedrohungslage ist auch in der Schweiz erhöht. 1. Was unternimmt die Schweiz bzw. der Nachrichtendienst, um die Gefahren seitens des islamistischen Terrors abzuwenden? 2. Warum nimmt der Bundesrat nicht entschiedener gegen die mittelalterliche und menschenverachtende Ideologie des radikalen Islam Stellung? 3. Wie kommt die Antirassismuskommission dazu, in einem Grundlagenpapier die Islamophobie zu beklagen, ohne den Islamismus zu erwähnen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

24.7486	DE FR IT	Fra. Addor. Patriot PAC-3: wann werden sie uns endlich geliefert?	Da die USA dem Kriegsschauplatz in der Ukraine mehr Beachtung schenken als der Schweiz, werden die Lenkwaffen vom Typ PAC-3 MSE für das Patriot-System erst nach dem vereinbarten Termin (2028–2029) geliefert. Ist es möglich, ihr voraussichtliches Lieferdatum und somit auch die voraussichtliche Dauer der Lücke in unserer Verteidigungsfähigkeit gegen Kurzstreckenraketen abzuschätzen?
24.7487	DE FR IT	Fra. Addor. European Sky Shield Initiative: Ist das Parlament aus dem Spiel?	Der Bundesrat hat beschlossen, der European Sky Shield Initiative beizutreten, noch bevor die Motion der SiK-N 24.3474, welche ausdrücklich die vorherige Genehmigung des Parlaments verlangt (immerhin eine Kommissionsmotion), dem Nationalrat vorgelegt wurde. - Macht er sich also über das Parlament lustig? - Wird er es wagen, seinen Beschluss umzusetzen, noch bevor sich das Parlament äussern konnte?

24.7491	DE FR IT	Fra. Molina. Aktivitäten der rechtsextremen Organisation «Graue Wölfe» in der Schweiz	Gemäss Artikel im «SonntagsBlick» vom 07.07.24 indoktriniert die rechtsextreme türkische Organisation «Graue Wölfe» in der Schweiz bereits Kinder. Die «Grauen Wölfe» verbreiten Angst und Schrecken gegen Andersdenkende und Minderheiten. - Wird die Organisation inzwischen vom NDB beobachtet? - Wird erfasst, welche Straftaten von ihren Mitgliedern begangen werden? - Ist der Bundesrat bereit, ein Verbot ihrer Symbole zu prüfen?
24.7515	DE FR IT	Fra. Egger Mike. Wer wird mit der Swiss Olympic Card alles gefördert?	Mit der Swiss Olympic Card (SOC) werden ausserordentliche Wettkampfleistungen und sportliche Talente belohnt, z.B. mit bevorzugtem Sponsoring und vergünstigten Trainingsmöglichkeiten. Berechtigt sind Personen, die einen Schweizer Pass haben, im Einbürgerungsprozess oder für die Schweiz startberechtigt sind. Gemäss Insidern besitzen auch Personen die SOC, ohne diese Kriterien zu erfüllen, z.B. im Eishockey. Was unternimmt der Bundesrat dagegen?
24.7526	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Auswirkungen der neuen F-35-Triebwerke auf den Fluglärm	Sobald die neuen Kampfflugzeuge F-35 in die Schweiz ausgeliefert werden, muss das Triebwerk nachgerüstet werden. Dieses Upgrade ist nötig, da die Schweiz die Block-4-Version erhält. - Welche Auswirkungen werden diese neuen Triebwerke auf den Fluglärm haben? - Gibt es da schon Erfahrungswerte aus den USA? - Wie brauchbar sind die bereits vorhandenen Lärmberechnungen der EMPA noch?
24.7537	DE FR IT	Fra. Schlatter. Wann legt der Bundesrat die Gesamtkosten der Armee offen?	Die Erhöhung des Zahlungsrahmens für die Armee auf 1% des BIP hat weitreichende Folgen für das Bundesbudget. Um den BIP-Anteil korrekt und mit anderen Ländern vergleichbar zu beziffern, müssen die Gesamtkosten der Armee herangezogen werden. Wann wird der Bundesrat diese Gesamtkosten gemäss Po. 22.3410 quantifizieren, damit das Parlament die nötigen Grundlagen hat, um über den Zahlungsrahmen und die längerfristige Entwicklung des Armeebudgets zu befinden?
24.7593	DE FR IT	Fra. Zuberbühler. Herausforderungen bei der MBAS-Einführung: Beschaffung, Zeitplan und Priorisierung	Bei der Einführung des Modulare Bekleidungs- und Ausrüstungssystems (MBAS) gibt es offenbar erhebliche Probleme, die dazu führen, dass nicht alle Truppenteile mit dem neuen Material ausgestattet werden. - Weshalb kann armasuisse das neue MBAS nicht beschaffen? - Warum wurde das KSK und Teile des Berufsmilitärs vorrangig mit MBAS ausgestattet, während andere Einheiten warten müssen? - Wie sieht der aktuelle Zeitplan für die Einführung von MBAS für die Miliz und das Berufsmilitär aus?

24.7604	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Was macht das Bundesamt für Rüstung (armasuisse) mit dem Solarstrom, den es nicht selbst verbraucht?	- Stimmt es, dass die armasuisse den Solarstrom, das sie erzeugt und nicht selber verbraucht, nicht verkaufen darf und dass sie diesen Strom dem Verteilnetzbetreiber umsonst anbietet? - Falls ja, aus welchen Gründen? - Stimmt es, dass die armasuisse ihre Dächer nicht an Stromproduzenten vermieten darf, wenn sie darauf verzichtet, auf ihren Dächern selbst Photovoltaikanlagen zu installieren? - Falls ja, aus welchen Gründen?
24.7618	DE FR IT	Fra. Walder. Die Schweiz muss sich gegen die gefährliche rechtsextreme Bewegung «Graue Wölfe» schützen	- Überwacht der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) die Aktivitäten der rechtsextremen Gruppierung «Graue Wölfe» in der Schweiz? Gemäss dem deutschen Verfassungsschutz vertritt diese Gruppierung eine extrem nationalistische, rassistische, antisemitische, sexistische und homophobe Ideologie und fordert einen ethnisch homogenen Staat in der Türkei. - Welche Massnahmen trifft der NDB, um zu verhindern, dass diese Gruppierung die innere Sicherheit der Schweiz bedroht?

Büro

24.7643	DE FR IT	Fra. Glarner. Umbau Sitzungszimmer 301: Wer stoppt diese gigantische Steuergeldverschleuderung?	Dem Vernehmen nach soll das absolut neuwertige Inventar des Sitzungszimmers 301 ersetzt werden. Dies in Zeiten, in welchen der Bundesrat mit einer Spezialkommission händeringend nach Einsparmöglichkeiten sucht. 1. Wer hat dies entschieden? (Bitte namentliche Auflistung) 2. Wann wurde das Inventar eingebaut und was waren die damaligen Kosten? 3. Was sind die Kosten für diesen Ersatz? 4. Ist Ersatz in weiteren Sitzungszimmern geplant - und was sind die Kosten? 5. Lässt sich dieser Unsinn noch stoppen?
24.7644	DE FR IT	Fra. Götte. Neues Mobiliar im Bundeshaus	Seit Jahren schreibt der Bund grosse Finanzierungsdefizite. Für das Jahr 2024 budgetiert der Bund ein Defizit von 2,6 Mrd. 2025 müssen wir wieder von einem negativen Budget ausgehen und die Schuldenbremse kann nur dank Bereinigungsmassnahmen von 2 Mrd. eingehalten werden. Zeitgleich ist zu erfahren, dass einwandfreies Mobiliar im Bundeshaus ersetzt werden soll, während zB das neue Bekleidungsmaterial für die Armee aus finanziellen Gründen nicht beschafft werden kann. Wie kann das erklärt werden?